INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM

16.5.1996

Nr. 376

Liebe LeserInnen!
Auf den ersten Seiten dieser Ausgabe findet ihr einen Bericht und Pressespiegel zum Castor-Transport. Außerdem werden skandalöse Sicherheitsmängel der ICE-Strecken der DB aufgedeckt. DIe Atom-Mafia kriegt kalte Füße, weil klar ist, daß sie ihre geplanten 120 Castor-Transporte so nie und nimmer durchbringen werden - zu teuer! Damit steht und fällt aber ihr Atom-Programm. Sie werden nicht durchkommen, X^3 wird noch teurer...
Zum Papst-Besuch in Berlin - der sicher recht lustig werden kann - laufen die ersten Aktionen an (Seite 8). Denkt dran, daß die nächste Ausgabe den geplanten Papst-Besuch zum Schwerpunktthema haben wird und schickt rechtzeitig Beiträge dazu!
Nichts erreicht hat uns leider zu den Aktionen gegen das öffentliche Gelöbnis des Mörder-Trachtenvereins vor dem Schloß Charlottenburg am 31.5..
Weitere Termine in den nächsten Wochen sind die Büren-Demo gegen den Abschiebeknast am 26.5. (Seite 16), die NATO-Tagung in Berlin am 3.6. (Seite 10) und natürlich der Papst-Besuch am 23.6.. Am 15.6. soll es Großkundgebungen der (streikenden?) StudentInnen in Berlin und Bonn geben. Spannend ist an diesem Studi-Protest, daß sich die AktivistInnen ausdrücklich auf die sozialen Kämpfe anderer Menschen beziehen.
Voraussichtlich im Juni soll es eine Interim mit dem Schwerpunkt "Postmoderne" geben. Falls ihr dazu arbeitet oder einfach gute Beiträge dazu habt schickt sie uns doch rechtzeitig zu.
Viel Spaß beim lesen, bei diesem Scheiß-Wetter bleibt ihr eh besser zuhaus im Bett...



Ordner:
Auszüge einer Rede des Subcomandante vom 9.1.96.

Inhalt:

Öffentliches Gelöbnis

Mehrheit der Abgeordneten ist dafür

Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses unterstützt das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr am 31. Mai vor dem Schloß Charlottenburg (taz berichtete). Nach einer heftigen Debatte am Donnerstag abend scheiterte ein Antrag der Bündnisgrünen und ein Gruppenantrag der SPD. Die Grünen sprachen sich gegen jegliche militärische Zeremonie aus. Der SPD-Antrag, von knapp der Hälfte aller Fraktionsmitglieder unterschrieben, sah ein Gelöbnis in der Julius-Leber-Kaserne vor. Er scheiterte mit 84 gegen 109 Stimmen. Eine knappe Fraktionsmehrheit der SPD machte sich statt dessen zusammen mit der CDU für das militärische Zeremoniell vor preußisch-absolutistischer Kulisse in Charlottenburg stark.

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Go to Wendland

2 Tage im Feindesland der Atommafia

Das kleine Städtchen Dannenberg avancierte in der letzten Woche zum Zentrum des bundesdeutschen Widerstands gegen das Atomprogramm. Mehr als 10.000 Menschen beteiligten sich an Sitzblokkaden, Protestaktionen, Barrikadenbau und Demonstrationen. Es war ein buntes Gemisch aus Peaceniks, militanten Gewaltfreien, Anarchos, Autonomen. Jung und Alt, Frauen und Männer blockierten Straßen, Auswärtige und Einheimische standen zusammen am Küchenstand auf dem Kundgebungsplatz gegenüber der Esso-Tankstelle. Als dann der Castor kam, zogen um 5 Uhr morgens tausende vor die Kranverladestation gegen die dort postierte Bullenarmada. Es war wie bei Asterix und Obelix, nur das uns im Feldzug gegen die Römer der Zaubertrank fehlte.

Die Bullen hatten wie wahnsinnig aufgefahren. Wasserwerfer, Räumpanzer, Hubschrauber nebst dem Fußvolk von 10000 Schlägern sollten den Castor nach Gorleben durchprügeln. Doch alte Erfahrungen lehren, daß selbst bei einer solchen Anzahl von Pigs sich immer wieder Lücken und taktische Fehler seitens der Bullen auftun. Das erste Beispiel dafür war ein umgesägter großer Strommast, der u.a. die Verladekranstation mit Saft versorgt, in der Nacht zu Dienstag. Kein Staatsschützer hat davon was mitbekommen.

Allgemein hieß es vorher, am Tag wenn der Castor kommt, können wir kaum noch was machen. Denkste. In der Nacht zum Mittwoch wurden kurz hinter der Verladestation mehere gute Barris aus Stroh, Baumstämmen und Steinen errichtet. Als der Castor gegen 7 Uhr die Verladestation verließ, stieß er sofort auf massiven Widerstand. Die Berliner Bullen sollten unterstützt von 3 Wasserwerfern und Räumpanzern den Weg freiräumen.

Doch 2000 Leute stellten sich quer. Für die ersten 5oo m brauchten die nicht zimperlich vorgehenden Bullen mehr als 1 Stunde. Immer wieder flogen ihnen Grassoden, Erdklumpen „flatsch" in die Fresse und vereinzelt Steine entgegen, die Barris brannten lichterloh. Nach einer geräumten Barrikade wurde 50 m dahinter eine neue errichtet. Obwohl militante Gewaltfreie „Graswurzel"-Leute uns bei der Gegenwehr zeitweise behindern wollten, gelang es den Bullen nur äußerst schwer, sich den Weg zu bahnen. Zudem gabs leider mal wieder Verletzte in den eigenen Reihen, weil einige aus der 25 Reihe nicht zielen konnten!

Kurz vor Splietau geriet eine Berliner Bullenwanne in schiere Panik. Nur ein kleiner letzter Stoß fehlte und aus der Wanne wäre die beste Barri geworden, sie kippte und kippte, aber fiel nicht, weil dann doch die Knüppelhorden dazwischenkamen.

Später auf der Bundesstraße versuchten die wendländischen Bauern mit ihren Traktoren den Castor-Zug zu stoppen. Doch auch hier waren die Bullen rabiat und zerstörten sofort die Ventile der Trekker , zerschlugen die Scheiben und prügelten die FahrerInnen vom Trecker. Wir haben an diesen Tag mehr als 30 so platt gemachte Traktoren gesehen. Am Tag zuvor hatten die Bullen in einer Scheune auf die gleiche Weise 2o Traktoren stillgelegt.

Später im Wald auf der B 191 war dann überraschenderweise wesentlich mehr Aktionsspielraum für uns, als wir es uns vorher ausgemalt hatten. In Gusborn hatten Einheimische mittels schwerer Tonnen und Felssteinen nebst einer längeren Passage Schmierseife dafür gesorgt, daß die Räumfahrzeuge eine geschlagene Stunde brauchten, die Hindernisse beiseite zu räumen. Mehr als 1000 AtomgegnerInnen konnten den nur im Schrittempo vorwärtsfahrenden über 3 km langen Bullen-Castorzug die ganze Zeit parallel im Wald begleiten und an verschiedenen Stellen die Bullen durch kleine Barrikaden und Scharmützel mehr als nerven.
Kam es zu Anfang zu relativ wenig Festnahmen und Knüppelorgien, um so wütender fielen die Bullen später über alle her, die sich ihnen in den Weg stellten. Es war ein beständiges Katz- und Mausspiel und wir alle wußten, jede Minute, die der Castor länger braucht, ist ein Punkt für uns. Gegen Mittag, am Zwischenlager staunten wir dann nicht schlecht, wieviele Menschen sich noch hinter dem Castor herbewegt hatten. Da waren es dann wieder gut 10000 Leute. Das halbe Wendland war auf den Beinen! Wenn die sich alle an den Blockaden aktiv beteiligt hätten, ob der Castor jemals angekommen wäre?

Das Tag X² Konzept ist voll aufgegangen - der Transport ist auf allen Ebenen teurer geworden, politisch wie materiell. Es waren viel mehr Laute auf der Straße als vor einem Jahr und der Widerstand war entschiedener. Es bleibt zu hoffen, - und bisher sieht es auch so aus - daß die Einheit in der Vielfalt des Widerstands gewahrt bleibt und keine gegenseitigen Distanzierungen abgehen. Denn die staatliche Hetze entbehrt jeder Grundlage, weder war im Wendland „Krieg", wie es die Bullenführung ausdrückte, noch war der Widerstand allein oder besonders militant. Auf der diesjährigen 1. Mai Demo sind mehr Steine geflogen, als auf der gesamten Castor-Transportstrecke.

Die staatlichen Spaltungsversuche in böse, brutale Auswärtige und eigentlich ganz liebe aber politisch mißbrauchte Einheimische sollen die tiefe Verunsicherung verdecken, welche die Atomstrategen eingeholt hat. Wenn Kanther alle AKW-GegnerInnen als „unappetliches Pack" beschimpft und die FAZ meint, wir könnten noch nicht mal „mit Messer und Gabel" essen, so zeigt das nur, wie tief wir sie in ihren miesen Atomstaatsplanungen getroffen haben. Sie haben vorher daraufgesetzt, daß beim zweiten Transport alles einfacher wird als beim ersten, und daß sich ab dem dritten Castor-Transport Normalität eingependelt. Nix da!

Nicht nur im Wendland war der Widerstand breiter und energischer. Bereits im Vorfeld des Transports kam es zu einer bundesweiten Anschlagsserie, bei der bevorzugt Einrichtungen der Bahn AG angegriffen wurden. Auch die Castor-Fahrt mit dem Zug ging alles andere als störungsfrei vor sich. Fast auf der ganzen Strecke von Rheinland-Pfalz über Hessen nach Niedersachen gab es Proteste. An mehreren Punkten waren die Gleise blockiert, Göttingen wurde weiträumig umfahren und der Castor-Transport wich aus Furcht vor weiteren Aktionen auf eine Route über NRW aus. Im AKW Biblis war extra eine Zwischenlagerung vorgesehen, falls die Situation im Wendland außer Kontrolle geraten würde.

Die Gegenseite ist in der Defensive und faselt jetzt was über Allparteiengespräche und daß es so jedenfalls nicht weitergehen kann. Wirre Vorschläge, wie Castortransporte per Hubschrauber oder Schiff machen die Runde und verdeutlichen nur, daß der Staat am Punkt Atommülltransporte politisch am Ende ist.

Wir im Widerstand dürfen der Gegenseite keine Atempause geben, sondern müssen politisch weiter handeln und offensiv bleiben. Wenn weiterhin Atommülltransporte ins Wendland stattfinden, sollte schon jetzt daraufhingearbeitet werden, daß X³ noch teurer wird, daß noch mehr AKW-GegnerInnen sich an den Widerstandsaktionen beteiligen. Diese umfassen selbstverständlich das gesamte Spektrum vom Infotisch bis zum Anschlag.
Einige Autonome

Ist die Bahn noch zu retten?

Beträchtliche Mängel im Sicherheitssystem der hochmodernen ICE-Trassen

Bei Feldforschungen wurde eine bedeutende Schwachstelle des Vorwarnsystems festgestellt, das die Hochgeschwindigkeitszüge der Bundesbahn vor Zusammenstößen schützen soll. Das für die Schaltung der Vorwarnsignale vorgesehene Kabel liegt bei diesem System völlig ungeschützt in der Mitte zwischen den Gleisen. Besonders angesichts des durchgeführten und der noch geplanten CASTOR-Transporte und des erstarkenden Widerstandes dagegen besteht ständig die Gefahr, daß Atomkraft-GegnerInnen mit einem Griff das nur locker gespannte Signalkabel aus den Kunststoff-Clips lösen und über die Schiene hinwegziehen, damit der nächste passierende Zug es durchtrennt. Dadurch werden sofort alle Vorsignale auf rot geschaltet. So liegt der Verkehr auf der Strecke solange lahm, bis das Kabel repariert wird. Wenn die Manipulation entdeckt wird, ist die SaboteurIn natürlich schon längst über alle Berge.

Zugegeben: Menschen können nicht zu Schaden kommen. Es ist dennoch ein Skandal, daß wegen der beschriebenen Störanfälligkeit dieser eigentlich hochmodernen Bahnanlagen aus einem Familienausflug heraus ohne jede Vorbereitung ein Anschlag auf die Bahn verübt werden kann, der den fahrplanmäßigen Ablauf des Zugverkehrs gefährdet.

Skizze, die die Schlamperei im Sicherheitssystem veranschaulicht:

Kunststoff-Clip (nach oben offen)

1 cm dickes, Schwachstrom leitendes Signalkabel, das die CASTOR-GegnerIn im ungünstigen Fall zur Vermeidung von Fingerabdrücken nur mit einem Papiertaschentuch angefaßt hat

STOP CASTOR!

Jetzt noch teurer!!



Solche aus Eisen gebogenen Wurfanker benutzen militante Atomkraftgegner, um den Bahnverkehr lahmzulegen. Die Wurfanker reißen im Regelfall die Oberleitung herunter. Foto: dpa

Wir stellen uns quer! X²

Doch ob es wirklich dazu kommt, ist fraglich. Nur mit Hilfe von 19 000 Polizisten, dem größten Polizeiaufgebot der deutschen Geschichte, war es vergangene Woche gelungen, den Atombehälter zu seinem Bestimmungsort zu manövrieren, dem Zwischenlager Gorleben. Hubschrauber, ausgerüstet mit speziellen Infrarotkameras, überflogen nächtens die Transportstrecke, um sägende und schweißende Protestierer an den Gleisen aufzuspüren.

Rund um die Uhr bewachten Sondereinheiten wichtige Strommasten, weil nach der Sprengung eines Trägers bei Dragahn die gesamte Stromversorgung zusammenzubrechen drohte. Dutzende von Bombendrohungen und Schienenbeschädigungen legten immer wieder den Zugverkehr lahm. 55 Millionen Mark kostete es den Staat, dem umstrittenen Gefährt den Weg freizuknüppeln. Ein Preis, der selbst den Befürwortern auf Dauer zu hoch sein dürfte.

Aufgeschreckt von den „kriegsähnlichen Zuständen" (ein niedersächsischer Polizeisprecher), debattierte der Bonner Bundestag vergangenen Donnerstag über die Atommülltransporte. Selbst Umweltministerin Angela Merkel (CDU) mahnte: „Wir sind nicht die Fetischisten der Atomenergie."

Sollten die bisherigen Pläne tatsächlich verwirklicht werden, müßte sich die Regierung zu einem beispiellosen innenpolitischen Kraftakt aufraffen. Mindestens 150 Transporte mit hochradioaktivem Müll sind nach Gorleben vorgesehen, bis zu 1600 weitere Lieferungen von mittel- und schwachaktiv strahlenden Stoffen stehen bis zum Jahr 2005 an – statistisch jede Woche 3 Atomtransporte.

DER SPIEGEL 20/1996 22

Nach den Krawallen um den Atomtransport wächst in der Nuklearbranche der Zweifel an dem Endlager Gorleben. Manager und Politiker suchen nach Alternativen für die Entsorgung des Strahlenmülls aus deutschen Kraftwerken. Neue Pläne sehen den Export nach Frankreich oder Rußland vor.

Unbemerkt verließen die Atommülltransporteure auf ihrer roten Lokomotive mit leerem Spezialanhänger frühmorgens den Bahnhof im niedersächsischen Dannenberg. Zwei Tage hatten sie sich mit ihrem Gefährt durch die Republik gequält, um über zehn Tonnen deutschen Strahlenabfall von der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in das Dorf im niedersächsischen Wendland zu transportieren.

Während sich Demonstranten und Polizisten vor den Toren des Bahnhofs erbitterte Straßenschlachten lieferten, der auf einen Tieflader umgeladene Müllbehälter vom französischen Typ TS 28 nur noch im Schrittempo vorankam, rollten die Müllspediteure vergangenen Mittwoch schon dem nächsten Auftrag entgegen.

Im bayerischen Kernkraftwerk Gundremmingen wartet bereits eine Castor-Box darauf, in Kürze nach Gorleben zu rollen. Auch aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague, so Jürgen Auer von der Brennelementlager Gorleben GmbH, seien „in wenigen Monaten" weitere Transporte zu erwarten.

Die Bürgerinitiativen im Wendland haben Zulauf. Ein pensionierter Pastor läßt sich sogar dabei fotografieren, wie er an einer Eisenbahnschiene sägt.

Längst hat beim Kampf um Gorleben der Symbolwert die wirtschaftliche Vernunft beiseite gedrängt. Energiewirtschaftlich notwendig sind die Mülltransporte nicht – die Behälter könnten genausogut etwa bei den ausländischen Aufbereitungsanlagen oder bei den Kraftwerken selbst gestaut werden.

Doch emsig untersuchen Geologen den Salzstock neben dem umstrittenen Zwischenlager, arbeiten an Plänen, hier den Abfall aus allen 19 deutschen Kernkraftwerken dauerhaft einzulagern. Atommanager und Umweltschützer wissen: Scheitert das Projekt, steht die Zukunft der gesamten deutschen Nuklearindustrie in Frage.

Verzweifelt überlegen Nuklearmanager und Politiker, wie sie künftig die strahlende Fracht ohne aufwendige Spektakel in die Lagerstätte manövrieren können. Die Castor-Fahrten sollen gebündelt werden. Um gleichzeitig zwei Behälter abladen zu können, wird ein Antrag zum Umbau des Zielbahnhofs in Dannenberg vorbereitet. So könnte wenigstens die Anzahl der Polizeieinsätze verringert werden.

Experten prüfen zudem die Anlieferung per Binnenschiff auf der Elbe oder mit dem Hubschrauber. Aber weder hat Gorleben einen Hafen, noch gibt es ein Fluggerät, das den 120 Tonnen schweren Stahlbehälter liften könnte.

Der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) hält die „Endschlacht um die Kernenergie" in Gorleben bereits für verloren: „Der Widerstand wird mit jedem Transport zunehmen." Derzeit versucht Glogowski, zumindest einen Teil der Einsatzkosten bei Bundesfinanzminister Theo Waigel einzutreiben.

Für die rund 20 Kilometer Straßentransport nach Gorleben könnten die Niedersachsen den Stromkonzernen lediglich die Kosten für einen Streifenwagen und ein Begleitfahrzeug in Rechnung stellen, moniert der Innenminister. Tatsächlich eskortierte aber ein vergitterter Troß von über hundert Polizeifahrzeugen den Atommüll-Tieflader, darunter Wasserwerfer, gepanzerte Räumfahrzeuge, Spezialkräne, Überwachungswagen, Gefangenentransporter und Sanitätswagen.

„Das stehen wir hier weder personell noch finanziell durch", warnt Peter Faesel, Sprecher der Polizei in Lüchow-Dannenberg. Fast jeder vierte niedersächsische Polizeibeamte war vergangene Woche zum Schutz der Atomfracht abkommandiert. 19 Polizeistationen und ein Kommissariat mußten vorübergehend schließen, weil alle Beamten im Wendland Dienst taten. „Wir werden hier noch zur reinen Transportpolizei", urteilt der niedersächsische Landeskriminaldirektor Claus Spenst.

Zumindest was die Zukunft des Endlagers Gorleben angeht, könnte Schröder schon bald Entwarnung geben. Zwar wollen die Betreiber der deutschen Meiler die Salzstock-Erkundung derzeit noch nicht stoppen und streben eine „nationale Lösung" (Steuber) an. Aber sollten sich jüngst erstellte Gutachten über Wassereinbrüche in dem geplanten Atombergwerk bestätigen, könnte für das geplante Endlager in Gorleben ein schnelles Ende kommen. Intern prüfen Spitzenmanager der Atombranche deshalb schon ganz andere Entsorgungswege. In der Fachzeitschrift *Atomwirtschaft* forderten kürzlich Energiemanager einen neuen „Entsorgungskonsens", da die deutschen Endlager Gorleben und Grube Konrad „mit erheblichen Unsicherheiten belastet" seien.

Wolfgang Straßburg, Direktor beim Essener Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerk, schlägt vor, die Entsorgung teilweise gemeinsam mit den Russen zu betreiben. Straßburgs Idee: Die Bundesrepublik sollte den Russen auf deren Territorium Entsorgungsanlagen einrichten, in die Moskaus Regierung den eigenen Strahlenschrott verfrachten könne. Im Gegenzug könne Rußland „deutschen Atommüll aufnehmen". Statt in Gorleben würden die Atombehälter dann in Katakomben unter dem Ural oder in sibirischen Bergwerken verstaut.

Internationale Lösungen forderte im Herbst auch der baden-württembergische Energiemanager Steuer. Schon lassen Stromkonzerne Gesteinsformationen in Kanada und Schweden daraufhin untersuchen, ob sie die über Jahrtausende strahlenden Stoffe sicher aufnehmen können. Selbst ein unbesiedeltes Atoll in der Südsee ist in der Prüfung als Atomkippe. Gegen solch abenteuerliche Pläne steht allerdings bisher noch das deutsche Atomgesetz, das eine Entsorgung im Inland vorschreibt.

Manager des Düsseldorfer Mischkonzerns Veba prüften bereits, ob sie nicht die französische Wiederaufarbeitungsanlage La Hague kurzerhand kaufen sollten, um den Strahlenmüll dort zu parken. Bislang sind die deutschen Atombetreiber über komplizierte Liefer- und Abnahmeverträge an der Atomfabrik in der Normandie beteiligt.

Die Atomtransporte nach Gorleben sind offenbar, so sehen es Entsorgungsfachleute, ein Teil des derzeitigen Verhandlungspokers mit den Franzosen. Sollten die Deutschen die eingegangenen Rücknahmeverträge fristgerecht erfüllen, können sie die Preise für den La-Hague-Deal drücken.

Kritische Christen, heißt es spöttisch in „Restrisiko", dem Blatt der Bewegung, halten 35 Prozent länger durch als herkömmliche Demonstranten.



Der Anteil der Chaoten ist klein, Krawall gibt es dennoch

AUFRUHR IM WENDLAND. Mit Wasserwerfern und Schlagstöcken ging die Polizei gegen Demonstranten vor, die mit Blockaden versuchten, den Transport von Atommüll nach Gorleben aufzuhalten.

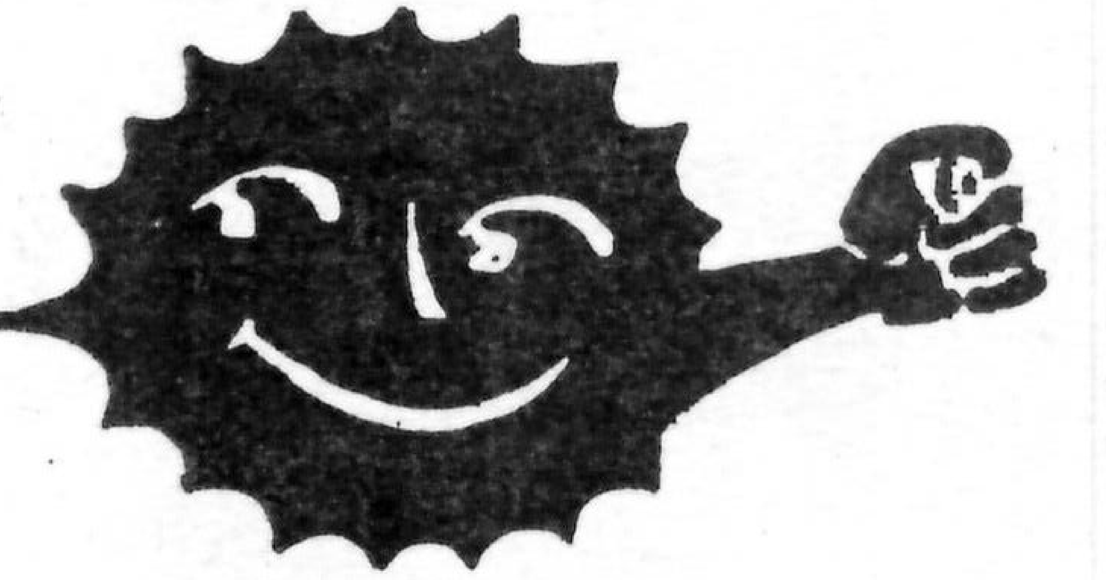
Hat sich der AntiAtomWiderstand einkesseln lassen?

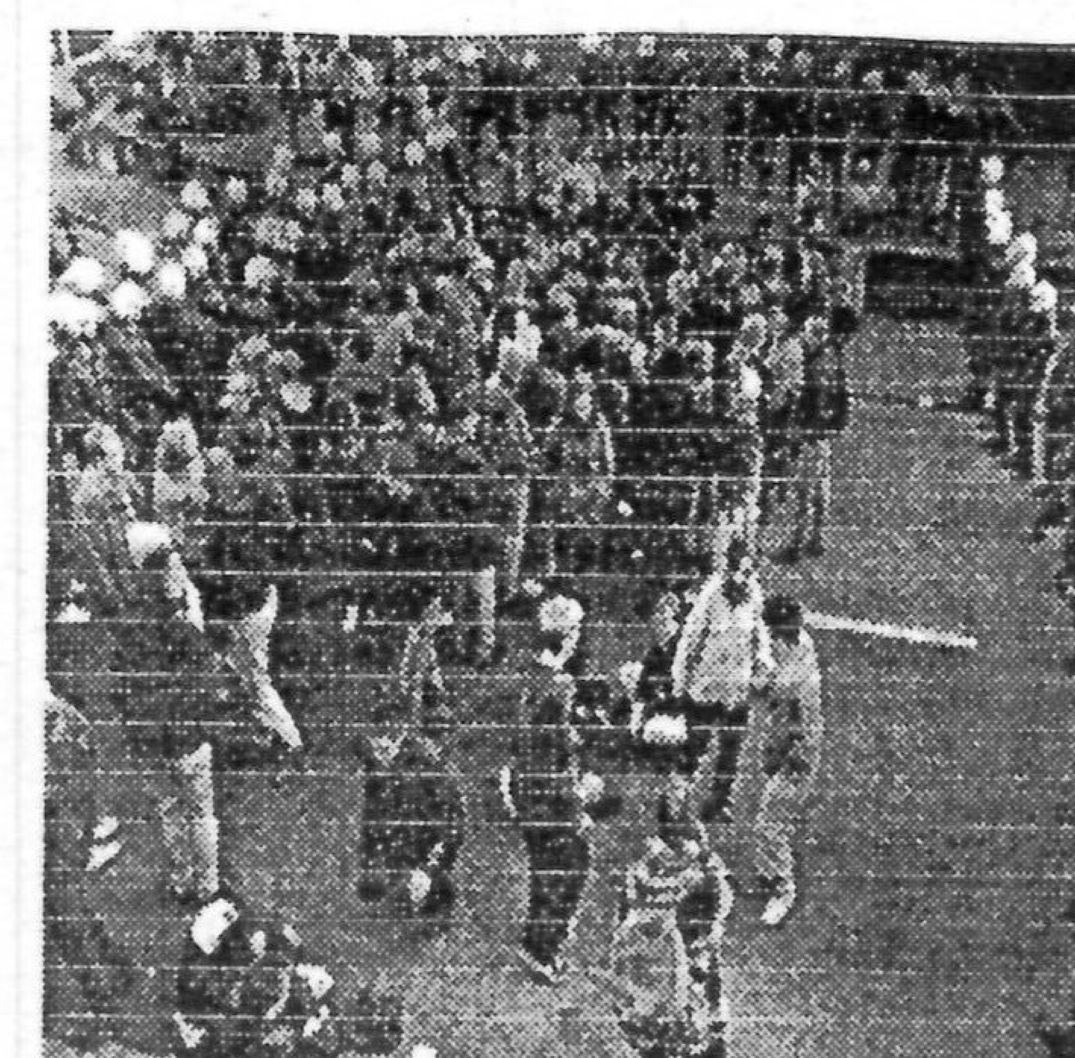
ein Jahr nach dem CASTOR-Kessel der Versuch einer kurzen Bilanz

April 1995, der erste CASTOR-Transport ins Wendland soll rollen. Dagegen regt sich Protest und Widerstand an der Bahnstrecke, die der Atommülltransport befahren wird. So auch in Göttingen, wo schon im Vorfeld des anstehenden
TAG X Demonstrationen und Aktionen laufen, gemäß dem bundesweit ausgegebenen Motto: **"Den CASTOR stoppen, bevor er rollt."** Gerade der Widerstand gegen die Atommülltransporte kann als Hebel benutzt werden, um die Atomenergie anzugehen, zeigt sich hier doch offen das Fehlen einer "sicheren Endlagerung". **Es gibt keinen "sicheren Nuklear-Kreislauf", es gibt nur eine Entsorgungslüge!**

Vom CASTOR zum Kessel ...

Am **20. April 1995**, wenige Tage vor dem Transporttermin, fand in **Göttingen** eine Demonstration statt gegen den strahlenden Müllcontainer, zu der verschiedene Gruppen aufgerufen hatten. Über 1000 Menschen brachten ihren Protest auf die Straße, obwohl die "Staatsgewalt" schon Tage zuvor einige Hundertschaften Bereitschaftspolizei in der Göttinger Innenstadt zusammengezogen hatte. Als der Demonstrationszug aus Richtung Innenstadt das Groner Tor passierte, zeigten sich zum erstenmal massive Polizeikräfte vor dem Bahnhof und auf den Gleisanlagen. Um eine Gleisbesetzung (wie sie an gleicher Stelle im Herbst 94 schon einmal glückte) zu verhindern wurde sogar ein Güterzug auf das äußerste Gleis gefahren. Die DemonstrantInnen ließen sich hiervon nicht beirren und zogen am Bahnhof vorbei hin zum Weender Tor, wo die Demonstration offiziel aufgelöst wurde. Womit wohl die wenigsten gerechnet (was aber die meisten gehofft) hatten: es zogen ca. 200 Leute weiter zum Güterbahnhof. Als zur Überraschung aller dort keine Einsatzkräfte standen, gelang es rund 50 Personen, auf die Gleise der ICE-Trasse zu kommen und diese für einige Minuten zu besetzen. Nachdem aber im Laufschritt BGS-Einheiten





auf den Gleisen heranstürmten, mußte die Besetzung leider aufgehoben werden. Die Gleis-BesetzerInnen entschlossen sich, zu den auf der Straße wartenden AtomkraftgegnerInnen zu stoßen, von dort gemeinsam mit ihnen in die Innenstadt zu gehen, um sich "aufzulösen". Da die Staatsbüttel allgemein nicht viel vom Mittel der Gleisbesetzung halten, versuchten sie, die von den Gleisen Kommenden von den übrigen AtomkraftgegnerInnen fernzuhalten. Dieses Vorhaben mißlang ihnen jedoch, obwohl sie sich sehr beeilten. Unter der Bahnbrücke hatten sich mittlerweile die beiden AntiAtom-Gruppen vereint, eine Selektion nach sog. "militanten Chaoten auf den Gleisen" und "friedlichen Demonstranten" war den Bullen somit nicht mehr möglich. Damit der ganze Polizeiaufwand aber nicht umsonst war, wurden flugs willkürlich unter Einsatz von Schlagstock und scharfen Hunden **114 Personen 4 Stunden lang eingekesselt**. 12 DemonstrantInnen wurden hierbei verletzt, 7 Personen wurden festgenommen. Verletzten Menschen im Kessel wurde medizinische Versorgung verweigert. Am Rande des Kessels kam es noch zu einer Polizeiaktion nach John-Wayne-Manier: weil er von umstehenden Personen nach dem Grund einer Festnahme gefragt wurde, zog ein namentlich bekannter Polizeibeamter des Zivilen Streifen Kommandos (ZSK), nämlich **Kriminalhauptmeister Frey vom 7. Kommissariat**, seine Dienstwaffe und richtete sie auf einzelne umstehende Personen.

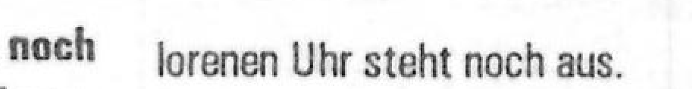
Bei der "polizeilichen Auflösung" des Kessels wurden die Personalien sämtlicher Eingekesselten aufgenommen, die meisten von ihnen wurden im Rahmen der "erkennungsdienstlichen Behandlung" zwangsfotografiert.

Nachdem alle Leute den Kessel verlassen hatten, formierte sich ein spontaner Protestzug vom Güterbahnhof Richtung Innenstadt, der ohne polizeiliche Ausschreitungen vonstatten ging.

... vom Kessel zum Gesetzbuch

Insgesamt wurden nach dem CASTOR-Kessel **mindestens 129 Strafverfahren gegen CASTOR-GegnerInnen** eingeleitet. Die weiteren Verfahren beziehen sich auf die unbekannten OrganisatorInnen von fünf im April 95 stattgefundenen AntiAtom-Demonstrationen, auf die unbekannten ArchitektInnen zahlreicher Barrikaden, die in der Nacht X brannten und auf Personen, die in der Nacht des CASTOR-Transports bei Gleisspaziergängen aufgegriffen wurden.

Im Sommer 1995 erhielten viele CASTOR-GegnerInnen polizeiliche Vorladungen, auf die größtenteils nicht reagiert wurde. Während dann viele Menschen, gegen die zunächst ermittelt wurde, einen Einstellungsbescheid in ihrem Verfahren erhielten, fanden ab September 95 die ersten Prozesse rund um den TAG X im Raum Göttingen statt. Die Vorwürfe reichen von "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte", "versuchte Gefangenenbefreiung", "Körperverletzung", "versuchter Eingriff in den Schienenverkehr", "versuchte Nötigung", "Vermummung", "passive Bewaffnung" und "Eingriff in den Schienenverkehr".



Bisher gab es unseres Wissens nach 13 Prozesse, noch weitere 3 Anklagen liegen vor, die ab Mai (passend zum nächsten CASTOR-Transport) verhandelt werden.

Der Übersicht halber wollen wir mal die einzelnen **Prozeß"ergebnisse"** auflisten und kurz kommentieren; beginnen wir mit den **Verfahren gegen diejenigen, die im Kessel selbst waren:**

❑ Einer Person wurde der Prozeß gemacht wegen **"Eingriffs in den Schienenverkehr"**. Dieser relativ heftige Vorwurf erwies sich als an den Haaren herbeigezogen, so daß der Prozeß nur mit einem **Freispruch** enden konnte.

❑ Einer weiteren Person wurde ein Verfahren wegen **"passiver Bewaffnung"** (dabei handelt es sich um Unterarmschützer) angehängt, das gegen Zahlung eines Bußgelds in Höhe von **150,- DM** und eines "Ermahnungsgesprächs" eingestellt wurde.

❑ Vier Personen wurden wegen **"Vermummung"** angeklagt, davon ein Prozeß vor dem AG Northeim. Die Prozesse **in Göttingen** endeten jeweils mit **Einstellungen**, teilweise mit Auflagen. Eines der Verfahren wurde "gegen Ermahnung", eines "gegen 8 Stunden gemeinnützige Arbeit", eines " gegen 20 Stunden gemeinnützige Arbeit"eingestellt. Im Verhältnis zu den Göttinger "Vermummungsprozessen" fiel **in Northeim** das Urteil erheblich härter aus; hier wurde eine Geldstrafe in Höhe von **300,- DM** verhängt.

Es gab auch Verfahren, die sich mit den Geschehnissen am Rande des Kessels befaßten:

❑ Ein Mann wurde wegen **"Widerstand gegen Vollstreckungsbeamten"** und **"Körperverletzung"** zu **1250,- DM** verurteilt. Im selben Zusammenhang wurde eine andere Person wegen **"versuchter Gefangenenbefreiung"** und **"Körperverletzung"** zu **500,- DM** verurteilt.

❑ Eine weitere Person wurde angeklagt wegen **"Körperverletzung"** und **"Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte"**; dieser Prozeß ging mit einer Strafe in Höhe von **1150,- DM** aus. Eine Zivilklage des betroffenen Beamten wegen Verdienstausfalls, Schmerzensgelds und einer verlorenen Uhr steht noch aus.

In zwei anderen Prozessen ging es um **Gleisblockaden gegen den CASTOR-Transport am Bahnhof Rosdorf:**

❑ Beide Prozesse wegen **"Eingriff in den Schienenverkehr"** bzw. **"versuchter Eingriff in den Schienenverkehr"** und **"versuchte Nötigung"** gingen mit einem **Freispruch** aus, weil den beiden Angeklagten einfach nichts nachgewiesen werden konnte.

❑ Ein Journalist aus Göttingen wurde wegen **"versuchter Eingriff in den Schienenverkehr"** und **"versuchte Nötigung"** angeklagt. Er hatte sich in der Nacht X an den Gleisen aufgehalten, um die Geschehnisse rund um den CASTOR-Transport zu dokumentieren. Die Verhandlung konnte am 08.01.96 nicht abgeschlossen werden und wird **noch im April neu verhandelt**. Der Vorwurf wegen "versuchter Eingriff in den Schienenverkehr" scheint aber aller Voraussicht nach wegzufallen.

Was wurde also mit dem CASTOR-Kessel und den Verfahren bezweckt?

Wir gehen davon aus, daß die Polizei am 20.04.95 von der Gleisbesetzung am Güterbahnhof überrascht wurde. Sie war mit ihrem massiven Polizeiaufgebot (über 600 BeamtInnen, eine Hundestaffel) auf etwaige Gleisbesetzungen/-begehungen eingerichtet, was u.a. an ihren Aktivitäten an der Bahnbrücke Groner Tor und ihrem Objektschutz am Bahnhof zu ersehen ist. Den Güterbahnhof hatte sie als Ort für eine Gleisbesetzung wohl nicht in Betracht gezogen. Diesem Umstand ist sicherlich auch zu verdanken, daß der BGS während der gelungenen Gleisblockade vom Bahnhof aus übers Gleis stürmen mußte, sodaß ein "Zugriff" auf die BlockiererInnen nicht sofort möglich war. Die Einkesselung der Leute, die auf dem Gleis waren, wurde durch das schnelle Zusammenfinden mit den übrigen AtomgegnerInnen verhindert.

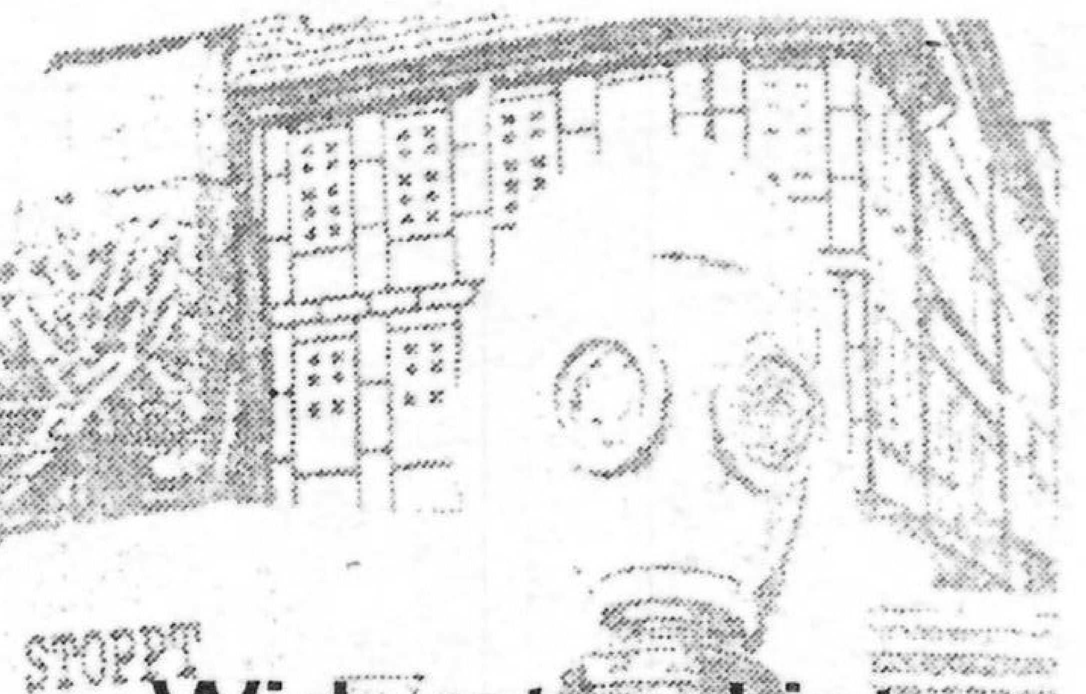
Daß danach ein "großer" Kessel geschaffen wurde, hat unserer Meinung nach folgende Gründe:

a) Die Polizei mußte auch im Nachhinein ihre Autorität, ihr "starkes Eingreifen" gegen "kriminelle Castorgegner" beweisen. **Der Öffentlichkeit sollte (via GT) vermittelt werden, daß Gesetzesüberschreitungen zwar möglich sind, aber nicht hingenommen werden.**

b) Damit zusammenhängend sollte der Widerstand gegen CASTOR eingeschüchtert werden durch die Situation der Einkesselung an sich und die nachfolgenden Ermittlungen und Prozesse. Exemplarisch wurden einige AtomgegnerInnen dann vor Gericht gezehrt, deren Prozesse größtenteils glimpflich verliefen. Ausnahme waren dabei die beiden Prozesse wg. "Widerstand" und "Gefangenenbefreiung", die als Auftakt der Prozeßserie abschreckend sein mußten. Dazu kommt der Prozeß in Northeim, der mit 300,- DM wegen "Vermummung" soviel härter ausfiel als die übrigen Verfahren im gleichen Vorwurf, was sicher (vor allem?) an fehlendem öffentlichen Druck (ProzeßbeobachterInnen!) in Northeim lag.

c) Der Kessel dient auch dem **Durchleuchten der jungen Anti-CASTOR-Bewegung in Göttingen**, den Verbindungslinien zu anderen politischen Betätigungsfeldern. **Die neuangelegte Foto-Mappe beim Kessel könnte hier Grundstein für mögliche kommende Verfahren wegen X^2 sein.** Nicht vergessen werden darf, daß **seit November 94 die SOKO 609 in Göttingen** schnüffelt. Grundlage dafür sind über 20 Bahnanschläge (v.a. Wurfanker), die dem "Terroristennest Göttingen" zugerechnet werden. Wegen der Menge an solchen Sabotageaktionen steht die SOKO hier natürlich unter Erfolgszwang.

d) Nicht unerwähnt bleiben darf, daß **Prozesse Zeit und Geld binden**, das eigentlich der politischen Arbeit gegen die Atomenergie dienen sollte. **Auch geringe Strafen verursachen Kosten in Form von Gerichts- und Anwaltskosten!**



**Widerstand ist nie umsonst!
Solidarität ist unsere Waffe!**

Die Prozesse gegen CASTOR-GegnerInnen wegen CASTOR-Kessel und TAG X gehen weiter. Es ist zu erwarten, daß die Proteste gegen den nächsten CASTOR-Transport wieder einmal dazu genutzt werden sollen, gezielt Personen aus dem AntiAtom-Widerstand zu kriminalisieren.

Weil es uns alle irgendwann treffen kann, gilt weiterhin das Spendenkonto:

**Rote Hilfe Göttingen
Stichwort "CASTOR-Kessel"
Kontonummer: 350 670 309
Postgiroamt Hannover
BLZ 250 100 30**

V.i.S.d.P.: S. Reicht, Auf den Gleisen 96, 37073 Göttingen

Am Samstag den 8.Juni soll ein AntiFa Konzert in Marzahn (Berlin) stattfinden. Organisiert wird das ganze von einigen Menschen der Konzertreihe "AM RANDE DES WAHNSINNS" und einigen Berliner AntiFa's. Beim Lauschangriff in einem Sanitärtrack der sonst abhörsicheren Wohnungen konnte folgendes Selbstinterview mit Rene und Sven von der Antifa Marzahn/Hellersdorf mitgeschnitten werden.

F: *Erzählt ersteinmal was über Marzahn und Hellersdorf!*
Sven: Wie allen bekannt ist befinden sich in Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen die größten Neubausiedlungen von Berlin. Eine riesige Betonwüste die langsam grüner als die Innenbezirke wird. Das kulturelle Leben konzentriert sich um die übriggebliebenen Jugendklubs, die im Verhältnis zur Anzahl der Jugendlichen rar sind. Da die SozialarbeiterInnen in den Klubs Angst vor Auseinandersetzungen haben, gibt es keine Möglichkeiten Veranstaltungen mit eindeutigen linken politischen Positionen, z.B. Soliparty's oder Infoveranstaltung, durchzuführen.
Rene: Einzige Ausnahme bildet da "DAS HAUS", was am 3.10.1993 2 Tage besetzt war, geräumt wurde, und nun von den Leuten trotz Problemen selbstverwaltet wird.
F: *Ist das der Grund, warum das Konzert in Marzahn stattfinden soll?*
Rene: Auch. Marzahn steht für viele Leute aus den anderen Bezirken als Faschohochburg. Es laufen natürlich nicht nur organisierte Faschos rum. Die meisten Jugendcliquen sind wie der Deutschlanddurchschnitt *Ottonormalvergaser*, die aber deswegen nicht weniger gefährlich sind. Im Wust der Cliquen gibt es immer wieder einige organisierte Fascho's, die in Marzahn ihr Mobilisationspotential finden.(FAP, NPD/ Oliver Kulik; siehe *Interim 321* und *AntiFA-Info 18, 24, 25)*.
So gab es neben Angriffen auf Wohnheime, Kundgebungsversuchen, auch Aufmarschversuche am 1.Mai 95. Besonders gefährlich leben Vietnamesische Menschen, wobei 1992 Nguyen Van Tu von einem Rassisten in belebter Einkaufspassage ermordet wurde.
Sven: Wir wollen für alle anderen NichtrassistInnen das Fest machen. Durch eigene Organisation, unabhängig von der staatlichen Jugendarbeit, zeigen wir, daß Kultur selber leb- & organisierbar ist. Vieleicht hilft es ja einigen aus ihrer Isolation und Passivität auszubrechen.
F: *Könnt ihr zum Abschluß nun erzählen, wann dieses, doch hoffentlich "epochale", Ereignis und vor allem wo genau es stattfindet?*
Rene: Auf'm Helene Waigel-Platz am S-Bahnhof Springpfuhl. Losgehen soll's von etwa 15 und enden ca. 23 Uhr.
F: *Welche Bands werden spielen?*
Sven: Dritte Wahl und No Nonsens (dt. sprachiger Hip Hop aus Hamburg). Weitere wurden angefragt, haben aber noch nicht zugesagt, deshalb wollen wir sie hier nicht nennen. Außerdem gibts Infostände und kleine Überraschungen...

An diesem Punkt wurde das Gespräch von der Toilettenspülung unterbrochen und der nachfolgende Gesprächsverlauf war unrelevant.



*antiFA*konzert in marzahn
helene-weigel-platz
8.juni 1996

AK_Papstbesuch,
c/o Umweltbibliothek,
Schliemannstr. 22, 10437 B-Prenzlauer Berg,
Tel. 44 65 09 10

betr.: **Papst am 23.6.96 in Berlin**

Am 23. 6. 96 kommt der Karol Wojtyla alias Papst Johannes Paul II. nach Berlin. Es gibt viele Gründe, zum Papstbesuch kritisch Stellung zu beziehen.

Z.B. die Politik der katholischen Kirche zu Abtreibung, Verhütung und Homosexualität, die Diskussion um den LER-Unterricht (Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde) in Brandenburg oder ihre Verflechtung mit den Medien. **Offizieller Höhepunkt des Papstbesuches ist die Seligsprechung zweier katholischer Geistlicher für ihre Haltung während der NS-Zeit.** Dies ist der Grund für uns, uns mit der Rolle der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus und Faschismus zu beschäftigen. **Wir organisieren eine kritische Filmreihe mit Diskussionen, sammeln Informationen und stellen Hintergrundmaterialien zusammen.** Wir wollen damit bereits im Vorfeld des Papstbesuches eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle des Papstes, des Vatikans und der katholischen Kirche in der Gesellschaft anregen. Höhepunkt der KritikerInnen wird eine spaßige **Demo** am Nachmittag des Papstbesuches sein vom Nollendorfplatz in Richtung Brandenburger Tor .

Der Vatikan hat bereits im Juli 1933 mit Hitler das heute noch gültige Reichskonkordat geschlossen. Ein Vertrag, in dem sich der Vatikan zu politischer Neutralität gegenüber Deutschland verpflichtete, dafür konnte die katholische Kirche in Deutschland weiter wirken und wurde nicht gleichgeschaltet. Das Zitat aus einem gemeinsamen Hirtenbrief im Juni 1933, unterzeichnet von allen deutschen Kardinälen, Erzbischöfen und Bischöfen spricht für sich:

> "...Es fällt deswegen uns Katholiken auch keineswegs schwer, die neue starke Betonung der Autorität im Staatswesen zu würdigen und uns mit jener Bereitschaft ihr zu unterwerfen, die sich nicht nur als eine natürliche Tugend, sondern wiederum als eine übernatürliche kennzeichnet, weil wir in jeder menschlichen Obrigkeit einen Abglanz der göttlichen Herrschaft und eine Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes erblicken (Röm. 13,1 ff.) . . . *Auch die Ziele, die die neue Staatsautorität für die Freiheit unseres Volkes erhebt, müssen wir Katholiken begrüßen* . . . Wenn die neue staatliche Autorität sich weiter bemüht, sowohl die Ketten zu zerbrechen, die andere uns schlugen, als auch die eigene Volkskraft und Volksgesundung zu fördern und damit unser Volk zu verjüngen und zu einer neuen, großen Sendung zu befähigen, so liegt auch das ganz in der Richtung des katholisches Glaubens . . ."

Während der gesamten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft übte der Vatikan keine öffentliche Kritik am Nationalsozialismus. Obwohl Papst Pius XII. bestens informiert war über das tausendfache Morden an den Juden in Europa erhob er nicht einmal dagegen seine Stimme. (Zu diesem Thema zeigen wir den Film **"Der Papst, die Nazis und die Juden"**.)

Statt sich mit ihrer unrühmlichen Rolle während der NS-Zeit auseinanderzusetzen, versucht die katholische Kirche zur Zeit durch den Hinweis auf vereinzelte NS-Kritiker in ihren Reihen, sich den Anschein einer Widerstandsbewegung zu geben. Gut möglich, daß die, die selig gesprochen werden sollen, tatsächlich deutliche Kritik geübt haben. Nach unserem jetzigen Wissensstand hat aber weder die offizielle Kirche in Deutschland, noch der Vatikan diesen Widerstand unterstützt. Die Katholische Kirche hat sich auch bisher nicht von ihrem damaligen Verhalten distanziert.

Nach dem 2. Weltkrieg verhalf die katholische Kirche tausenden Kriegsverbrechern und Wehrmachtsangehörigen zur Flucht vor den Alliierten. Dieser Einsatz der katholischen Kirche geschah, um die Anti-Kommunisten zu unterstützen. Im Kommunismus sah die Kirche eine Gefahr für ihren Einfluß und Macht, da Kommunisten meist Atheismus propagierten. Hohe Nazi-Schergen wurden mit falschen Papieren ausgestattet und über italienische Klöster, zum Teil sogar mit Halt in der Vatikanstadt, nach Südamerika ausgeschleust.
Dazu gehören u.a.
Obersturmbannführer Robert Eichmann, Organisator der Deportation von Millionen Juden,
Josef Mengele, KZ-Arzt in Auschwitz und
Franz Stangl., KZ-Komandant in Treblinka, angeklagt des 700 000-fachen Mordes
(Dazu zeigen wir die Filme **"Die Rattenlinie"** und **"Persilscheine und falsche Pässe"**).

An dem Verhältnis zu Faschisten und reaktionären Kräften scheint sich bis heute nicht viel geändert zu haben. So sprach Johannes Paul II. 1992 José Maria Escrivá de Balaguer selig. Der Opus Dei-Gründer vertrat Auffassungen wie, "Hitler war gar nicht so schlecht" und habe auch "nur" 4 000 000 Juden umgebracht. Opus Dei wird vorgeworfen, seine Finger beim Militärputsch in Chile 1973 im Spiel gehabt zu haben. Die Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem, ein exklusiver katholischer Orden, verantwortlich für dieFinanzskandale der Vatikanbank, sind vom Papst anerkannt. In Deutschland bekleiden 1/3 der Grabesritter Positionen in Wirtschaft und Politik bis hinauf zu Konzernchefs und Regierungsmitgliedern. (Zu diesem Thema zeigen wir den Film **"Das Geheimnis der Grabesritter"**).
Wer mitmachen will, unsere Videos zeigen will, Material bringen oder haben will, kann uns erreichen donnerstags ab 20.00 Uhr über :

in der nacht vom 7. auf den 8. mai haben wir in der knesebeckstraße in charlottenburg einen jaguar xjs abgefackelt. unsere flammenden grüsse richten sich an die profiteure der neoliberalen offensive, die zur zeit weltweit abläuft. schafft 1, 2, 3, ganz viele militante zusammenhänge.

autonome wagensportlerInnen
gegen neoliberalismus, rassismus und sexismus

für eine radikale umverteilung von oben nach unten!

heizen wir den HERRschenden kräftig ein!

Guten Morgen liebe Linke !

Dies ist als offener Brief an Euch alle gedacht, damit keine/r später behaupten kann, sie oder er hätte von nichts gewußt.

Also, am Mittwoch dem 1.Mai 1996 haben sich so gegen 14 Uhr ungefähr 230 Junge Nationaldemokraten und 30 FAPler am S-Bahnhof Marzahn getroffen, um einen Aufmarsch mit anschließender Abschlußkundgebung zum Helene-Waigel-Platz, am S-Bahnhof Springpfuhl durchzuführen.

Dies konnten sie auch ohne große Probleme machen. Lediglich rund 30 Gewerkschafts-Antifas und 30 andere hielten sich in der Nähe auf, waren aber mehr stumm vor Wut, als daß sie die Faschos bei ihrem Vorhaben wirklich gestört hätten. Lediglich die Abschlußkundgebung wurde vorzeitig abgebrochen, da die Polizei durchsickern ließ, daß Antifas zum Helene-Weigel-Platz unterwegs waren. Es handelte sich dabei um ungefähr 50 Personen, die von den Bullen in Lichtenberg aus der Bahn gezogen wurden, um dann Friedrichsfelde-Ost gemeinsam mit den Faschos ausgesetzt zu werden.

Wie konnte es zu diesem Desaster kommen?

Dies hat unserer Meinung nach zwei Ursachen. Erstens die fehlende Mobilisierung im Vorfeld, andererseitsdie fehlende Bereitschaft der linken Scene ihren Kult, die revolutionären 1.Mai-Demos zu verlassen und Antifaschismus Praxis werden zu lassen. ANTIFA heißt ANGRIFF ?

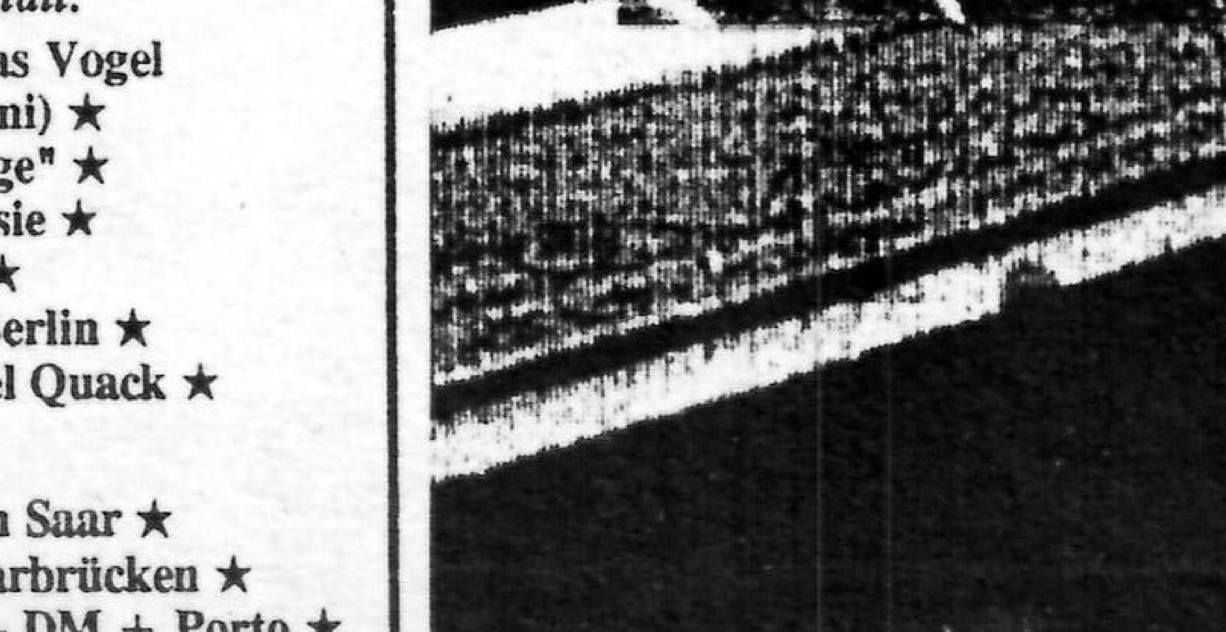
Reichten die Anzeichen und Gerüchte vor dem 1.Mai nicht aus, um sich wenigstens zu koordinieren ?

Die TeilnehmerInnen beider 1.Mai Demos müssen sich vorwerfen, daß sie nicht nach Marzahn gekommen sind. Es wäre ohne große Probleme möglich gewesen innerhalb einer Stunde vom O.-b.z.w. R.-L.-Platz dorthin zu kommen, erst recht zu 16 Uhr zur Abschlußkundgebung der Faschos. Aber wahrscheinlich ist Selbstdarstellung wichtiger .

Während im Jahre 93, mensch erinnere sich 100 FAPler marschierten durch Lichtenberg, wenigstens mehr Leute versucht haben dorthin durch zu kommen, passierte diese Jahr erschreckend wenig.

Wir finden es echt Scheiße, daß von mehr als 15.000 Leute nur ungefähr 50 Menschen ihren Arsch hoch bekommen haben, obwohl es echt gut möglich gewesen wäre rechtzeitig da zu sein, und den Aufmarsch oder wenigstens die Abschlußkundgebung zu verhindern/behindern. In der Walpurgisnacht gingen jedenfalls ausreichend Flugis unter die Leute.

Einige die dabei waren.



Eine Stellungnahme zur Faschodemo am 1.Mai in Marzahn

Nachdem in der letzten Interim eine Stellungnahme gefordert wurde, habe ich mich also entschlossen, eine zu schreiben.
Bereits um den 15.April gab es die ersten Gerüchte.Durch mehr oder weniger persönliche Gespräche mit einem in der JN (Junge Nationaldemokraten) organisierten Jugendlichen hatte sich bei uns der Verdacht, daß die Faschos in Marzahn marschieren wollen, erhärtet. Der Typ, der in der Vergangenheit mit persönlichen Kontakten zu Frank Schwerdt und Ulli Boldt geprahlt und in seiner Schule regelmäßig den "Berlin-Brandenburger" gelesen hat, erzählte uns, daß am !.Mai eine bundesweite Demonstration der JN am S-Bahnhof Marzahn stattfinden soll.Auch über das Demomotto ("Gegen Staat und Kapital ...") den Anmelder (Andreas Storr) und den juristischen Beistand (Wolfgang Navrath) wußten wir im Vorfeld Bescheid.
Darufhin haben wir die Antifa Marzahn/Hellersdorf, die Antifaschistische Aktion Berlin (AA/Bnull) und einige Einzelpersonen informiert. Ich hatte das Gefühl, daß den meisten angesprochenen Leuten die autonome Demo wichtiger war (wobei jedoch bemerkt werden muß, daß ein Großteil der Angesprochenen Funktionen und Aufgaben bei der Demo hatte).
Am 30.April bekamen wir dann auf einmal Handzettel in die Hand, auf denen dazu aufgerufen wurde, nach Marzahn zu fahren.
Am 1.Mai waren wir dann schon einige Zeit vor Demobeginn in Marzahn. Bullen waren wohl an die 200 in Marzahn (wieviel waren es bei "unserer" Demo ?).
Gegen 14 Uhr waren dann etwa 250 Nazis, 200 Bullen und etwa 60 Antifas vor Ort.Die "Gegendemo" (50 Leute zogen parallel zu den Faschos durch eine Einkaufspassage) wurde im Spalier begleitet (die Nazis übrigens nicht) und relativ schnell aufgehalten. An der Demo liefen dann noch einige Antifas rum und fotografierten fleißig ab.
Ich wußte bis dahin nicht, wie deprimierend es ist, zu dritt 300 Faschos gegenüberzustehen. Das wir trotzdem Parolen gerufen haben und fast genauso laut waren wie sie (1.Mai-Chaotenfrei), hat sie dann doch ein bißchen geärgert.
Geärgert hat uns, daß von den 10000 RevoluzerInnen vom Rosa-Luxemburg-Platz ganze 3 (in Worten: drei !) Leute gekommen sind (Liebe Grüße; war trotzdem toll, daß ihr gekommen seid !).
Schön war es, daß sich doch noch Leute gefunden haben, die trotz Nazis, Bullen und witeren Schweinen (so um die 170000 in Marzahn) ein Faschoauto angegriffen haben.
Soweit zu unserer Stellungnahme, Leute, die Fotos geschossen haben, möchten sich doch bitte im Antirepresionsbüro melden.

Mit einem Feuer im Herzen
und einer Zigarette im
Mundwinkel

ein Marzahner Antifa



Wenn sie von Frieden reden, meinen sie Krieg!

wir, die Antifaschistische Aktion Berlin, organisieren zusammen mit einem breiten linken Bündnis am 3. Juni `96 eine Demonstration gegen die Tagung der NATO-Außenminister am 3./4. Juni in Berlin. Die NATO ist die militärische Organisation zur Sicherung einer kapitalistischen Weltordnung. Für die meisten Menschen besonders im Trikont bedeutet ihre „Sicherheitspolitik" Hunger, Krankheit, Krieg und Tod. Wir wollen die Demonstration nutzen, um diese Vehältnisse anzugreifen.

Mit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts und der Annexion der DDR ist Deutschland eine Großmacht in Europa. Die BRD rüstet sich wieder, um weltweit militärisch eingreifen und seine Interessen durchsetzen zu können. Deutschland kommt neben den USA in Europa zunehmend eine Führungsposition zu. Gleichzeitig werden nach Innen soziale Errungenschaften abgebaut und der Polizeistaat aufgerüstet. Doch es regt sich zunehmend Widerstand dagegen, wie z.B. am 1. Mai `96 in Berlin, als sich ca. 20.000 Menschen den revolutionären Demos anschlossen. An diesem Widerstand wollen wir anknüpfen und ihn gegen die Großmachtpläne Deutschlands und die weltweit verheerende NATO-Politik auf die Straße tragen.

Dazu soll es eine Demonstration am 3. Juni geben. Planmäßige Auftaktkundgebung wird um 17.00 Uhr am Adenauer Platz sein. Die Demonstration soll dann über Ku`damm, Tauentzienstr., Nürnberger Str. in die Budapester Str. zum Hotel Interconti, dem Tagungsort, ziehen. Dort soll es eine Zwischenkundgebung geben. Von dort geht es zum Breitscheidplatz zur Abschlußkundgebung.

Zur Demonstration rufen bisher auf: AGIP, AG Junge GenossInnen in und bei der PDS, Aktionsrat des AStA TU, Antifa-Jugendfront, Anti-NATO-Gruppe, Antifaschistische Aktion Berlin (organisiert in der AA/BO), AStA FU, Bündnis90/Die Grünen Landesvorstand Berlin, Deutsche Kommunistische Partei Berlin, FARA (organisiert in der AA/BO), Friko, JungdemokratInnen/Junge Linke, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Kommunistische Plattform der PDS, No es facil e.V., RAI (organisiert in der AA/BO), Redaktion vier, Rote Söckchen, RUFF.

Wenn ihr ebenfalls zur Demonstration aufrufen wollt und euer Gruppenname auf der UnterstützerInnenliste erscheinen soll, gebt uns möglichst bald, spätestens bis zum 20. Mai Bescheid. Ihr könnt uns unter obiger Adresse schreiben oder unter der Nummer 030/615 73 29 täglich außer 16.00 - 20.00 Uhr faxen oder uns unter der gleichen Nummer anrufen freitags 16.00-20.00 Uhr. Zu dieser Zeit stehen wir auch für weitere Fragen, wie z.B. zu weiterem Mobilisierungsmaterial, zur Verfügung.

Durchkreuzen wir ihre Sicherheitspläne!
Kein Friede mit dem Imperialismus!

Mit antiimperialistischen Grüßen,

Antifaschistische Aktion Berlin

Antifaschistische Aktion Berlin
c/o Nachladen
Waldemarstr. 36
10999 Berlin

Demonstration
gegen die NATO-Tagung in Berlin
Mo., 3. Juni 96 • 17 Uhr • Adenauerplatz (U7)

Am 3./4. Juni '96 tagt im Hotel Interconti in Berlin der Ministerrat der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Staaten.

Behandelt wird, was von jeher Aufgabe der NATO ist: Die militärische Bekämpfung jedes möglichen „Feindes von außen". Ziel war es schon immer, den „wirtschaftlichen Wohlstand aller Mitglieder" (Protokoll der NATO-Ministerratstagung vom 11.12.1987) der reichen Nordatlantikstaaten zu sichern. Mit dem Sieg über den Warschauer Pakt und dem Wegfall jeglichen vergleichbaren Militärbündnisses kann sich die NATO ganz auf Expansion und „Wohlstandsverteidigung" vor der weltweiten Armut konzentrieren. Dabei erfaßt die „Strategie einer Sicherheitspolitik", laut NATO-Oberst Richter, nahezu alle politischen Bereiche, „von der Verteidigungspolitik über die Außenpolitik, Wirtschaftspolitik bis hin zur Innenpolitik und erstreckt sich über eine Vielzahl von Aktionsfeldern". Gerade Deutschland wird auf der Tagung als neue Großmacht in Europa bemüht sein, seine Interessen durchzusetzen. Zentrales Thema der Tagung wird die geplante NATO-Osterweiterung sowie die Neubestimmung der NATO-Politik nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes sein. Ihre „Sicherheitspolitik nach außen und nach innen" bedeutet für viele Menschen Hunger, Krankheit, Krieg und Tod. Daher wird es eine Demonstration gegen die NATO-Tagung geben.



Für die Macht der Reichen... – UN-Intervention in Somalia 1992

Die NATO: militärische Organisation zur Sicherung einer kapitalistischen Weltordnung

„Was wir in diesem Vertrag niedergelegt haben, ist das Ergebnis vieler Jahrhunderte." (US-Außenminister Acheson bei Gründung der NATO am 4.4.1949)

Mit der Kolonisation der abwertend „Dritte Welt" genannten Länder – 80% der Weltbevölkerung – teilten die nordatlantischen Staaten die ganze Welt unter sich auf, um sich Rohstoffe und Absatzmärkte zu sichern.

Formal unabhängig sind die Staaten der ehemaligen Kolonien bis heute wirtschaftlich abhängig von den NATO-Staaten. Sie sind auf Kredite der nordatlantischen Banken, vertreten durch den Internationalen Währungsfond (IWF) und die Weltbank angewiesen. Durch diese Abhängigkeit können Produktionsbedingungen diktiert werden, die darauf angelegt sind, den Profit eben dieser Banken zu erhöhen und nicht darauf, die Bevölkerung zu versorgen. Die Auswirkungen sind bekannt: Hunger, Krankheiten, Umweltkatastrophen und Kriege. Daraus resultiert der Wohlstand, dessen militärische Absicherung sich die NATO-Staaten auf die Fahne geschrieben haben.

Das einzige Gegengewicht bildeten die realsozialistischen Länder mit einem eigenen Wirtschafts- und Militärverbund (RGW und Warschauer Pakt). Daher baute die NATO den Warschauer Pakt zu einer gefährlichen Bedrohung auf.

Osterweiterung

Den Sieg des Kapitalismus über die realsozialistischen Staaten in Osteuropa „gilt es unumkehrbar zu machen und sicherheitspolitisch abzusichern" (Bundesaußenminister Kinkel). Ziel ist es, diesen Ländern das militärische Potential für Ausbruchsversuche durch Integration zu nehmen. Als wirtschaftliche Entsprechung dient die Osterweiterung der EU.

Rußland wird durch den Wegfall seiner bisherigen Verbündeten sowie Handelspartner militärisch und wirtschaftlich geschwächt. Um einer völligen Isolation zu entgehen, hat es daher bisher entschieden, sich in Form des NATO-Kooperationsrats den NATO-Bedingungen zu beugen. Die NATO-Außengrenzen verschieben sich so zum „Krisenbogen an der südlichen und südöstlichen Peripherie Europas, einer Zone von Marokko bis zum Indischen Ozean" (der ehem. diensthöchste Soldat Generalinspekteur Naumann). Um sich dort Rohstoffe und Absatzmärkte zu sichern und gegen jegliche Störungen vorzugehen, bauen die NATO-Staaten Interventionsarmeen, sog. Krisenreaktionskräfte, auf. Dabei ist gleich, wer die Störungen verursacht – seien es Befreiungsbewegungen, der „islamische Fundamentalismus" oder allzu sehr aus dem Ruder laufende Potentaten. Einen ersten Eindruck der Weltpolizei konnte durch die „Zurechtweisung Saddam Husseins" im Golfkrieg 1991 gewonnen werden, der „das kostbare Öl der Reichtumsländer des Westens gefährdete" (Kanzlerberater Stürmer).

Deutschland – aggressiv nach außen, repressiv nach innen

„Wir Deutsche müssen wieder eine Großmacht werden", kündigte Bundeskanzler Adenauer schon 1951 an. Vorrangiges Ziel der BRD war es von Beginn an, durch NATO-Beitritt und Anbiederung als Junior-Partner der USA eine Revision der Ergebnisse des II. Weltkriegs zu erreichen.

Mit dem Anschluß der DDR ist die BRD zur wirtschaftlich stärksten und bevölkerungsreichsten



Wir sind wieder da! Deutsche Bundeswehrsoldaten ehren in Kroatien Kriegsverbrecher der Wehrmacht aus dem II. Weltkrieg (Split 95)

Zentralmacht in Europa geworden. Ideologisch begleitet durch die geschichtliche Revidierung der Verbrechen des deutschen Faschismus und seiner Wehrmacht rüstet sich die BRD wieder für eine „Außenpolitik ohne Verkrampfungen" (Bundespräsident Herzog). Die Bundeswehr soll die „nationalen Interessen wie Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand" (Bundespräsident Herzog) sichern. Die Sicherheit wird von außen nicht mehr militärisch bedroht. Auf die deutsche Armee warten neue alte Aufgaben: „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und den umfassenden Zugang zu den Märkten und Rohstoffen in aller Welt" (Verteidigungspolitische Richtlinien des Bundeskriegsministeriums). Dazu muß Deutschland „als Subjekt der Weltinnenpolitik" unter „Einsatz von Leib und Leben ohne Unterscheidung nach Klassenlage" (Bundespräsident Herzog) wieder marschieren. Auch ihre „Innere Sicherheit" muß vor „importierter Kriminalität von Bevölkerungsgruppen aus wirtschaftlich schwachen Staaten" (Ex-BKA-Chef Zachert) geschützt werden. Dabei richtet sich die Repression auch gegen linken Widerstand, der dieser Politik entschlossen entgegentritt.

Aggressiv nach außen: Deutschland als neuer traditioneller Ordnungsfaktor

Mit Öffnung der osteuropäischen Märkte war das deutsche Kapital eines der ersten, das zugriff. So wurden die Schlüsselindustrien vor allem in Polen und Tschechien gesichert. Auf wirtschaftlicher Ebene gilt es einen „Rückfall" in eigenständige osteuropäische Wirtschaftsstrukturen unter der entscheidenden Mitwirkung Rußlands zu verhindern, indem die osteuropäischen Ökonomien abhängig gemacht werden. Daher fordert die BRD die EU-Osterweiterung. Gleichzeitig soll ein „Kerneuropa" aus BRD, Frankreich, den Benelux-Staaten und Österreich gebildet werden, um auch nach der Osterweiterung mühelosen Zugriff auf die Ökonomien der unterworfenen Neulinge zu haben.

Volksgruppenpolitik

Flankiert wird die deutsche Ostexpansion von einer aggressiven Volksgruppenpolitik. „Es gibt bei uns das ‚Gesetz des Blutes'. Die Staatsbürgerschaft ist etwas nach Art der Gene. Deshalb erteilen wir keine Staatsbürgerschaft, sondern bestätigen sie", philosophiert das Pressebüro der deutschen Botschaft in Warschau und „bestätigt" polnischen Staatsbürgern „volksdeutscher" Abstammung die deutsche Staatsangehörigkeit. Die Bodenpolitik steht dem in nichts nach. Wiederholt hat Außenminister Kinkel die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens von 1945 angezweifelt, die die Umsiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn vorsah. Das Ziel ist, den „Raub am deutschen Eigentum" (Vertriebenen-Funktionär und CDU-Politiker Hupka) rückgängig zu machen. Dazu wird z.B. in Kaliningrad mit Geldern des Bundesinnenministeriums die Ansiedlung „Deutschstämmiger" in zuvor aufgekauften Gebieten betrieben.

Deutschland – „lead nation" in Europa

Um die wirtschaftliche Expansion militärisch zu sichern, wird Deutschland die Osterweiterung der NATO bei der Ministerratstagung forcieren. Denn dadurch verschiebt sich „endlich" die NATO-Außengrenze, so daß die BRD kein Frontstaat mehr wäre. Das würde ihr den gewünschten außenpolitischen Handlungsspielraum verschaffen, um „unverkrampft" weltweit militärisch und politisch intervenieren zu können.

Dazu wird Deutschland den Ausbau der „europäischen Verteidigungsidentität" innerhalb der NATO fordern, um „maßgeblicher Ordnungsfaktor des Kontinents zu sein. Ohne eine solche Weiterentwicklung könnte Deutschland aus eigenen Sicherheitsinteressen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europas allein und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen", drohen die CDU-Strategen Schäuble/Lamers den europäischen Staaten und fordern „ein eigenständiges Handeln unter Nutzung der NATO-Mittel". Gleichzeitig soll die WEU zu einer selbständigen europäischen Verteidigung ausgebaut werden.

Deutschland marschiert wieder

Das Militär wird auf dem Weg zur Kriegsfähigkeit völlig umstrukturiert. Neben dem Wehrpflichtigen-Heer wird eine weltweit interventionsfähige Berufsarmee aufgebaut – die sogenannten Krisenreaktionskräfte. Sie bestehen aus ca. 50.000 Mann mit entsprechender Ausbildung und Ausrüstung. Daneben wird eine Elitetruppe nach Vorbild der GSG-9, das Kommando Spezialkräfte, mit ca. 1.000 Mann gebildet. Erste Feldversuche werden derzeit am Balkan unternommen. Auf eigene Nuklearwaffen wird zumindest vorerst noch verzichtet. Aber mit dem Bau des Atomreaktors Garching II wird die BRD die Kontrolle über atomwaffenfähiges Plutonium haben und jederzeit mit dem Bau von Nuklearwaffen drohen können.



So bot die französische Regierung prompt an, Deutschland unter das Dach einer „konzertierten atomaren Abschreckung" zu holen. CDU-Stratege Lamers forderte, das Angebot „positiv zu beantworten".

Deutschlands Weg zum Krieg



„Wir müssen runter von den Zuschauerbänken", formulierte BRD-Außenminister Klaus Kinkel die neue Version der alten wilhelminischen These, daß am deutschen Wesen die Welt genesen solle.

Im November 1992 schickt die BRD Soldaten und BGS-Einheiten nach Kambodscha. Diese unterstehen nicht dem UN-Militärkommando, sondern einzig und allein dem Inspekteur für Gesundheits- und Sanitätswesen der Bundeswehr. Im Juli 1993 werden 1.500 Bundeswehrsoldaten nach Somalia entsandt. Mit der ansonsten bedeutungslosen Interventionspolitik (weder Kambodscha noch Somalia stehen im zentralen Interesse der BRD-Außenpolitik) soll ausgelotet werden, inwieweit der neue Kriegskurs im In- und Ausland auf Widerstand stößt. Verkauft wird die Großmachtpolitik als humanitäre Hilfseinsätze.

Eine Zäsur setzt schließlich die Entsendung von bundesdeutschen Tornados nach Ex-Jugoslawien im August 1995 unter „regulären Kampfbedingungen" im Rahmen der NATO-Intervention. Am 1. September 1995, pünklich zum Jahrestag des Überfalls auf Polen, befindet sich Deutschland wieder im Krieg. In einer Region, in der die Wehrmacht fünfzig Jahre zuvor abscheulichste Verbrechen begangen hatte, beteiligen sich deutsche Tornados an Kampfeinsätzen gegen bosnische Serben. Damit ist ein Präzedenzfall geschaffen, der jede weitere Debatte um zukünftige weltweite Einsätze des deutschen Militärs im Keim ersticken soll.

Eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung dieser Politik spielt die Einbindung der BRD in die NATO. Der Kampfeinsatz wird mit Anfragen der verbündeten NATO-Staaten begründet. Die aber hatte die deutsche Außenpolitik selbst initiiert.

Mit der Aggression nach außen geht auch die innere Konsolidierung der BRD einher. Die SPD will wie 1914 in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich lassen, bei den Grünen sprechen sich führende Kreise ebenfalls für den Kriegseinsatz aus. Schließlich, so die Argumentation des alternativ angehauchten Mittelstands, hätten deutsche Soldaten die Pflicht zur Intervention, nicht obwohl, sondern weil fünfzig Jahre zuvor Hitlers Truppen in Jugoslawien gewütet hatten – künftige Verbrechen werden so mit den vergangenen legitimiert.



17. 6. '95, Bonn: europaweite Demonstration gegen den Krieg in Kurdistan

Ja, morden.

General Schönbohm bläst zum Angriff

Die Militarisierung wird auch auf anderer Ebene vorbereitet.

Im März 1996 läßt Berlins Innensenator General Schönbohm zwei Zeitungsredaktionen und ein Büro der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär" stürmen, um ein antimilitaristisches Plakat zu beschlagnahmen. Das Plakat stellt die Bundeswehr in die Tradition der Wehrmacht und ihrer Verbrechen. Das darf nicht sein, denn die „Wehrmacht hat im II. Weltkrieg ehrenhaft gekämpft", meint CDU-Stratege Lamers. Daher soll ein Sondergesetz zum „Ehrenschutz des deutschen Soldaten" für den Schutz vor dem Widerstand gegen die neue alte Großmachtpolitik Deutschlands sorgen. Am 31. Mai sollen vor erhofften 25.000 Zuschauern mehrere hundert Rekruten zum ersten Mal nach Kriegsende in Berlin öffentlich vereidigt werden.

Verhindern wir das Militärspektakel!

Repressiv nach innen

Den Wohlstand, basierend auf jahrhundertelanger Ausbeutung des Trikonts sowie die Militarisierung der Gesellschaft hin zur weltweiten Interventionsfähigkeit, gilt es auch gegen den „Feind nach innen" zu sichern. So redet Ex-BKA-Präsident Zachert dem starken Staat das Wort, der jedem „gesellschaftlichen Konfliktpotential die Zähne zeigen" müsse. „Am Anfang aller Legitimationsgründe des Staates" (...) müsse „der Schutz des Eigentums und der sonstigen privaten Rechtsgüter vor dem Übergriff anderer" stehen (CDU-Grundsatzforum '93). Die „innere Sicherheit", die hier geschützt werden soll, ist also nicht das legitime Bedürfnis eines jeden Menschen nach der Sicherheit, nicht erschlagen oder verschleppt zu werden, oder morgen genug zu Essen zu haben. Gemeint ist hier die Aufrechterhaltung eines Systems, das genau dies für die überwiegende Mehrheit der Menschen weltweit nicht vorsieht.

Der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten hat den innenpolitischen Handlungsspielraum massiv erweitert. Mit dem Wegfall der – wenn auch nur eingeschränkt überzeugenden – so doch greifbaren gesellschaftlichen Alternative vor der Tür und damit dem Wegfall des Zwangs sich als sozialer und liberaler Staat zu geben, werden jetzt schrittweise der Sozialstaat demontiert und unverhohlen Bürgerrechte abgebaut. Über die „Entzauberung des Sozialstaats, die Entmachtung seiner Tarifverbände und die Neuverteilung seiner Umverteilungsmechanismen" freut sich denn die FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Die Reaktion läßt nicht auf sich warten. Es liegt an der Linken, in die entstehenden Kämpfe einzugreifen.

Der Krieg gegen den kurdischen Befreiungskampf

Zur „derzeit größten Gefährdung der inneren Sicherheit" (General Schönbohm) wird der Kampf der KurdInnen gegen den türkischen Staat aufgebauscht. Der Grund ist: 500.000 KurdInnen allein in der BRD sind ein gesellschaftlicher Faktor. Ihre Massenaktionen heben die Trennung auf zwischen einem Befreiungskampf fern der europäischen Metropolen und dem politischen Alltagsgeschäft in Deutschland. Da es politisch nutzbringender ist, die Konflikte „vor Ort" zu lösen, als den Krieg ins eigene Land zu holen, verfolgt die BRD die „Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit der Türkei" (CDU-Strategen Schäuble/Lamers). Dazu hat Deutschland innerhalb der NATO eine Patenschaft für die Türkei übernommen. Sie umfaßt umfangreiche Polizei- und Militärhilfe betreffend Ausrüstung und Ausbildung, die im Vernichtungskrieg gegen den kurdischen Befreiungskampf eingesetzt werden.

Der Krieg gegen Kurdistan und die Konsequenz des Widerstands in der BRD bestimmen hier das innergesellschaftliche Klima. Seit November 1993 wird die kurdische Bewegung in der BRD mit einem umfassenden Organisationsverbot angegriffen, Informationsveranstaltungen werden verboten und aufgelöst, ganze Demonstrationen unter dem Vorwand des Zeigens verbotener Symbole mit Brachialgewalt angegriffen und zerschlagen. Hunderte von angeblichen PKK-Aktivisten werden mit Verfahren überschüttet und in die Türkei abgeschoben, wo ihnen ausnahmslos Gefängnis, Folter oder sogar der Tod droht.

Weg mit dem Verbot der PKK!

Die Folgen des Imperialismus sind auch nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus die gleichen: weltweit Hunger, Tod, Krieg, Vertreibung und Zerstörung der Lebensgrundlagen. In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurden die imperialistischen Staaten überall im Trikont von den Befreiungsbewegungen angegriffen. Der Vietcong in Vietnam zeigte den amerikanischen GI's ihre militärischen Grenzen und Kuba dem Rest der Welt, daß der Kapitalismus für sie keine Lösungen bereithält. Im Herzen der Bestie bildeten sich bewaffnete Gruppen mit antiimperialistischer Ausrichtung – wie in der BRD – RAF, Bewegung 2. Juni und RZ. Bis heute werden Menschen aus diesen Gruppen in Isolationshaft gefangengehalten und weiterhin mit Prozessen wie aktuell Birgit Hogefeld überzogen. Diesen Gefangenen gehört unsere Solidarität:

Freiheit für die politischen Gefangenen!



Heidelberg 25.5.1972: RAF-Anschlag auf das Headquarter der US-Streitkräfte in Europa, von wo aus die Flächenbombardements auf Vietnam koordiniert wurden.

Viele Angriffsziele sind heute noch und wieder aktuell. Zentral sind dabei die NATO und die neue Großmachtpolitik der BRD, der Gewinnerin von vierzig Jahren NATO. Dagegen muß sich entschiedener Widerstand der Linken formieren.

Deshalb rufen wir zur

Demonstration

gegen die NATO-Tagung im Hotel Interconti

am 3. Juni 1996 um 17.00 Uhr

ab Adenauerplatz auf!

Hoch die internationale Solidarität!
Kein Friede mit dem Imperialismus!

AGIP · Antifa Jugendfront · Antifaschistische Aktion Berlin (organisiert in der AA/BO) · Anti-NATO-Gruppe

V.i.S.d.P.: Tamara Bunke, Müllerstraße 72, 13349 Berlin

Keine Panik

Weit draußen in den unerforschten Einöden eines total aus der Mode gekommenen Ausläufers eines westlichen Spiralarms der Galaxis leuchtet unbeachtet eine kleine gelbe Sonne. Um sie kreist in einer Entfernung von ungefähr achtundneunzig Millionen Meilen ein absolut unbedeutender, kleiner blaugrüner Planet, dessen vom Affen stammende Bioformen so erstaunlich primitiv sind, daß sie Mobiltelefone und PCs noch immer für eine unwahrscheinlich tolle Erfindung halten.

Dieser Planet hatte ein Problem: die meisten seiner seiner BewohnerInnen waren fast immer unglücklich. Zur Lösung dieses Problems wurden viele Vorschläge gemacht, aber die drehten sich meistens um das Hin und Her kleiner bedruckter Papierscheinchen, und das ist einfach drollig, weil es im großen und ganzen ja nicht die kleinen bedruckten Papierscheinchen waren, die sich unglücklich fühlten.

Und so blieb das Problem bestehen. Vielen Leuten ging es schlecht, selbst denen mit Mobiltelefonen und PCs.
Ein Grund für das Unglück einer kleinen aber unbeugsamen Minderheit dieser Bioformen waren die schrecklichen Angriffe eines gar gräßlichen Repressionsapparates, der sich nicht mal davor scheute, die Vorschläge die einige der Unglücklichen über ihre Mobiltelefone und PCs führten, abzuhören.

Das führte dazu, daß einige der unglücklichen Bioformen sich verschreckt zurückzogen und dem gräßlichen Repressionsapparat grauslich klingende Namen wie „Big Brother“ gaben, jede Technologie, die über die ihrer Armbanduhren hinausging als Teufelswerk denunzierten und sich zu Hause nur noch in Zeichensprache unterhielten. Das führte zu schlimmen Mißverständnissen, zu Streit und Hader. Dies hier ist nicht die Geschichte der vielen Mißverständnisse, von Streit und Hader, sondern die Ankündigung eines kleinen aber äußerst bemerkenserten Buches. Es ist „DER KLEINE ABHÖRRATGEBER“.

Es ist nicht nur ein äußerst bemerkenswertes Buch, weil es knapp und präzise die aktuellen Abhörmöglicheiten und die zugrunde liegenden physikalischen und mathematischen Prinzipien dartellt. Es ist auch nicht nur deshalb äußerst bemerkenswert, weil es Tips, Anregungen und Einschätzungen zu einfachen Gegenmaßnahmen der Überwachung aufzeigt. Und es ist auch nicht nur deshalb äußerst bemerkenswert, weil es in seinem Inneren eine Diskette mit den Verschlüsselungsprogrammen PGP und SecureDrive enthält.

Nein, es ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil auf seinem Umschlag in freundlichen Buchstaben „KEINE PANIK“ steht. Darüberhinaus ist es wirklich nicht teuer und in jedem gut sortierten Buchladen zu haben.

In der Interim 357 vom 21.12.95 wurde von der „Information Wiederbeschaffung“ die Verschlüsslungsprogramme Pretty Good Privacy, PGP und SecureFileSystem, SFS, empfohlen. Dem KLEINEN ABHÖRRATGBER ist eine für DOS-Rechner

selbstinstallierende Diskette beigefügt, die PGP 2.6.2i in der 16-bit Version enthält. Diese Version läuft auch auf älteren 8086er PCs. Die Selbstinstallation lädt gleich die deutschsprachige Version, alles weitere ist dem Geschick der Bedienerin überlassen. Um das Lesen des Handbuches kommt mensch allerdings nicht herum. Insofern ist es nun jeder/m möglich auch ohne Mailbox oder Internet-Zugang sich dieses hervorragende Verschlüsselungsprogramm anzueignen. Es gibt zwar mittlerweile eine neuere PGP Version 2.6.3i, aber bei Drucklegung des Buches war diese noch in der Testphase.

Auch wir verstehen den Quellcode so gut wie nicht, finden es aber vertrauenswürdiger, wenn die Programmierer sich nicht scheuen, die mathematischen Operationen, die ein Programm benutzt auch transparent zu machen. Ebendies ist einer der Gründe, die PGP so vertrauenswürdig machen: Die mathematischen Operationen, die das Programm benutzt, sind bekannt, es ist bloß nicht mit vertretbarem Aufwand möglich den verschlüsselten Text wieder „zurückzurechnen".

Dem anderen Ansatz „Sicherheit durch Geheimhaltung", wie dies bei allen DES Verschlüsselungen und auch dem in Verruf geratenen PCSecure der Fall ist, ist der Quellcode UNS nicht bekannt. Den dafür zuständigen Geheimdiensten aber wohl. Und wer weiß, was sich in so einem aus unleserlichen Computerzeichen bestehenden Programm alles drin verstecken kann. Dennoch ist SFS vermutlich ziemlich sicher.

Das von der „Information Wiederbeschaffung" hochgelobte SFS, das vor allem der Verschlüsselung von Disketten oder Festplatten dient (wozu PGP nicht taugt) war uns zwar bekannt, aber wir hielten es für ein einerseits recht kompliziertes Programm, (wie dies auch von der Informations Ausgleichstelle II, Interim 367 vom 14.3.96 benannt wird), andererseits benutzt es Verschlüsselungstechniken (MDC/SHS), die noch zu neu sind, um darüber urteilen zu können. Außerdem fanden wir ein Programm, das nicht als Quellcode vorliegt für nicht so vertrauenswürdig.



Wir haben deshalb der Diskette das ältere SecureDrive (Version 1.3b) zugefügt, welches den IDEA Verschlüsselungsalgorithmus benutzt, der auch von PGP bei der konventionellen Verschlüsselung verwendet wird. Mit einigen wenigen Englisch-Kenntnissen und einigen Computergrundbegriffen ist es möglich dieses Programm zu benutzen. Auch hier gilt, um das Lesen des Handbuches auf der Diskette kommt mensch nicht drumrum.

Viel Spaß wünscht das **AutorInnenkollektiv Keine Panik**

Don't Panic

DER KLEINE ABHÖRRATGEBER
Hrsgbr.: Backslash, Hack-Tic, Jansen&Jansen, AutorInnenkollektiv Keine Panik

Edition ID Archiv
ISBN:3-89408-056-6
20.- DM

INHALT:

* BIG BROTHER IS WATCHING YOU
* DAS ABHÖREN VON RÄUMEN
* TELEFONVERKEHR
* DRAHTLOSE TELEFONSYSTEME
* FUNKRUFEMPFÄNGER (Pager)
* DER FREIE ÄTHER
* BILDSCHIRME UND KABEL
* DATENVERSCHLEIERUNG
* COMPUTERNETZE UND ELEKTRONISCHE POST
* SPRACHVERSCHLEIERUNG
* KAMERAS

WISSENSWERTES VOM LAUSCHEN
Nachwort von Otto Diederichs, CILIP

Liebe statt Hiebe
oder
Wie der Charme eines Roma-Mädchens fast die Pogrome von Rostock verhindert hätte

Am 26. Mai findet in Büren eine bundesweite Demonstration gegen den dort befindlichen Abschiebeknast statt. Anläßlich dieser Demo wird einen Tag vorher in Paderborn ein Aktionstag mit dazugehörigem Kongress veranstaltet. Auf einem der Foren dieses Kongresses sollen VertreterInnen der Zeitschrift WILDCAT zum Thema "Illegale Schwarzarbeit" referieren.Einige Thesen dieses Zeitungskollektivs sind es auch heute noch wert, wieder ins Gedächtnis gerufen zu werden.

Einleitung :
Vor knapp 4 Jahren fand in Rostock-Lichtenhagen das bis dahin größte Pogrom der deutschen Nachkriegsgeschichte statt. Die Angriffe richteten sich zuerst gegen eine Flüchtlingsunterkunft und dann gegen ein Wohnheim von überwiegend vietnamesischen VertragsarbeiterInnen.
Nach den Krawallen wurde in der Linken über Ursachen, Hintergründe und antirassistische Strategien disskutiert. Auch die WILDCAT, deren Themen sich bis dahin auf Arbeitskämpfe beschränkten, wollte da nicht hinten an stehen und legte ihrer aktuellen Ausgabe (Oktober 92) ein Extraheft unter der Überschrift " Riots von rechts " bei.
Trotz einiger Kritik wurden die damals getroffenen Ausagen weder zurückgenommen noch relativiert.
Die folgenden Zitate stammen sämtlichst aus der WILDCAT vom Oktober 92 und sind fett gedruckt.

Gleich im Vorwort ihrer damaligen Ausgabe stellt die WILDCAT eine ihrer zentralen Thesen vor :

"Es ist schwierig, im Zusammenhang über die neue Welle von Demütigung und Gewalt gegen AsylbewerberInnen und AusländerInnen zu reden, zu deren Fanal Medien und Linke die brennende ZASt in Rostock gemacht haben."

Die Medien (die ja bekanntlich alle in den Händen von "uns" sind) also im gemeinsamen Propagandafeldzug mit der Linken. Da kann man/frau eben nur schwer über Gewalt gegen MigrantInnen reden und konsequenterweise wird das in den gesamten Texten auch gar nicht mehr versucht.
Das Thema der WILDCAT ist ein anderes :

"Die Krawalle vor den Asylunterkünften berühren Fragen wie krasse Wohnungsnot, die steigende Arbeitslosigkeit, die Umstrukturierung der Fabriken, staatliche Arbeitsmarktpolitik, Spaltungen in der Klasse, staatliche Einwanderungspolitik, jugendliches Aufbegehren usw. usf. Dagegen bleiben bisher alle Antworten von unserer Seite bestenfalls partiell : Strafexpeditionen, die ganze Stadtteile für "rassistisch" erklären, Autonome, die sich noch fester in ihrem Getto einigeln, Antifas, die auf die Wiederholung von "33" fixiert sind, "FreundInnen der AusländerInnen", die jeden, der auch nur zu verstehen versucht, ob und welche Belästigungen der AnwohnerInnen es möglicherweise gegeben hatte, beschuldigen, er wolle "die Pogrome entschuldigen" ...

Das Wort Rassismus kommt nie vor. Stattdessen wird von der "Spaltung der Klasse" gesprochen, die - der Feind ist immer oben - ausschließlich vom Staat betrieben wird.

"Die Angriffe auf AusländerInnen sollen die stärkere Hierarchisierung des Arbeitsmarktes und Spaltung der Klasse ermöglichen."

Könnte es nicht sein, daß das Pogrom Ausdruck einer längst stattgefundenen "Spaltung der Klasse" ist ? So wird aus der richtigen Frage, wer ein Interesse an den Ereignissen in Rostock-Lichtenhagen hatte, eine Tat ohne Täter.
Aber bei der WILDCAT sind Pessimismus und Resignation verpönt. Der Blick ist vorwärts gerichtet :

"Denn revolutionäre Politik muß in den alltäglichen sozialen Kämpfen die Kraft für den Umsturz finden."

Und wenn die große Streikwelle mal wieder ausbleibt, wird eben an dem angeknüpft was man/frau kriegen kann. WILDCATlerInnen sind nicht wählerisch und auch ein rassistischer Angriff ist ja irgendwie ein "alltäglicher sozialer Kampf".
Damit dieses Konstrukt funktioniert, müssen die Pogrome erstmal auf die richtige Größe herabrelativiert werden.

"In allen westeuropäischen Ländern finden zur Zeit verschärfte Auseinandersetzungen statt zwischen Inländern aus den unteren Schichten der Gesellschaft (ArbeiterInnen, Sozialhilfe-EmpfängerInnen, KleinbürgerInnen) und Einwanderern auf der Suche nach Reproduktionsmöglichkeiten : Schlägereien zwischen griechischen und albanischen Arbeitern, Jagd auf AfrikanerInnen in Italien und Frankreich, Brandanschläge auf Flüchtlingsheime und Straßenkrawalle in Deutschland."

Davon abgesehen, daß man/frau versucht ist, den WILDCATlern den Unterschied zwischen einer Schlägerei und einem Pogrom praktisch zu demonstrieren, soll diese Aufzählung wohl zeigen, daß Deutschland nur dem Trend der Zeit folgt.
Und : Wenn die Klasse überall so drauf ist, kann`s nicht so verkehrt sein.
Eher komisch und weltfremd wirkt da die folgende Passage zum staatlichen Umgang mit Flüchtlingen :

"Die Kasernierung hat die Funktion, die Flüchtlinge als "Problem" sichtbar zu machen und Kontakte zu den anderen Proleten zu verhindern. Das hat bisher recht gut funktioniert, um das Zustandekommen gemeinsamer Kämpfe (etwa um Wohnraum) zu verhindern."

Keine Kasernierung von Flüchtlingen führt also fast automatisch zur Revolution, weil die deutschen Proleten nur darauf warten, mit den Flüchtlingen gemeinsame Sache zu machen.
Die Eskalation in Rostock lag sicherlich nicht an der Abschottung der Flüchtlinge, sondern ganz im Gegenteil daran, daß den deutschen Prolls die Kontakte eher zu eng wurden.
Aber auch wenn Deutsche sich als FaschistInnen bezeichnen und dies ausdrücken, indem sie faschistische Parteien wählen, tun sie das eigentlich nur aus Protest, um es den staatstragenden Parteien so richtig zu zeigen.

"Die Volksparteien verlieren Stimmen, die Wähler greifen zum Protest mittels Stimmenthaltung oder der Wahl rechtsradikaler und populistischer Parteien ("wenn nächsten Sonntag Wahlen wären", würden 5% rechtsradikale Parteien wählen - aber 40% würden nicht mehr wählen gehen !)"

Soll mit der Bemerkung in Klammern vielleicht noch angedeutet werden, daß den nur 5% NaziwählerInnen 40% entschiedene Revolutionäre gegenüberstehen?
Nun konkret der Beweis für die Unterwanderung der Medien durch Linksradikale am Beispiel Rostock.

"Die "faschistische Gefahr" ist ein Medienprodukt, das Copyright liegt bei der Linken und den Profitzwängen der kapitalistisch organisierten Medien. Ein und derselbe Fascho erscheint in 5 Zeitschriften; Reporter bezahlen Skins für Angriffe auf Heime; in Talkshows werden Jugendliche aufgefordert, jetzt doch mal endlich "was Ausländerfeindliches" zu sagen; ein brennender Trabi geht rund um die Welt und transportiert eine Nachricht: Bedrohung durch irreale Gewalt. In Rostock waren während der Randale 500 ReporterInnen zugange. Nehmen wir mal an, nur die Hälfte von ihnen hätte Kamera und Mikrofon aus der Hand gelegt und jeweils drei hätten sich einen steinewerfenden Jugendlichen geschnappt, dann wäre die Randale beendet gewesen - die Medienfritzen hätten aber durch so ein Vorgehen natürlich weniger Geld verdient."

Schade nur, daß nicht 500 ReporterInnen von der WILDCAT da waren. Wir müßten uns jetzt nicht mit Schreiben aufhalten. Merkwürdig nur, daß gerade die WILDCAT nicht versteht, daß auch Faschos Geld brauchen und erkannt haben, daß sie sich für das Risiko, mit Hitlergruß fotografiert zu werden, auch bezahlen lassen können.

"Auch die Jugendlichen gehen den Medien auf den Leim, die denjenigen groß rausbringen, der die abgebrühtesten Sprüche aufsagt. Sie mögen den Eindruck haben, daß sie die Medien benutzen. In Wirklichkeit werden *sie* benutzt, um die Message rüberzubringen, die schon feststand. Wie werden sie den Widerspruch verarbeiten, daß die Medien sie zu (Anti-) Helden stilisieren, sich an ihrer beschissenen Situation aber gar nichts geändert hat?"

Vielleicht könnte ja die WILDCAT den Faschos beibringen, wie man/frau Lohnkämpfe richtig führt. Vielleicht ließe sich ja dann bei der Presse soviel Kohle rausschlagen, um ihre eigene Situation zu verbessern.

"Die Armut der Flüchtlinge führt den Arbeitslosen auf der Warteschleife den möglichen rasanten Abstieg in der Leistungsgesellschaft vor Augen. Die deutschen Arbeitslosen bekommen gegenüber den Flüchtlingen ein Gefühl von Neid und Machtlosigkeit, weil sie sich nicht (mehr) so gut organisieren können."

Diese zwei Sätze haben uns ein großes Fragezeichen hinterlassen. Wieso folgt aus der Tatsache, daß es den Flüchtlingen schlechter geht als den deutschen Prolls (auch denen mit Arbeitslosenhilfe), daß die deutschen Prolls nun neidisch sein müßten? Und Machtlosigkeit, weil sich die Flüchtlinge so toll organisieren können, die Deutschen aber zu blöd dazu sind? Fragen über Fragen.
Aber das ist ja auch Ziel der WILDCAT. Die Akteure der Pogrome müssen auf Teufel-komm-raus und gegen alle Gesetze der Logik zu Opfern gemacht werden.
Die Besonderheit der Pogrome ist allerdings auch der WILDCAT aufgefallen. Und : Sie sehen neue Parallelen.

"Die Massen
Die Beteiligung ansonsten unauffälliger Bürger an gewalttätigen Angriffen auf Flüchtlingsheime und auf die Polizei ist ein neues Phänomen in Nachkriegsdeutschland. Die Eruption ist allenfalls in ihrer Heftigkeit, aber nicht in ihrer Dauer und Ausbreitung, mit dem Mai 87 in Kreuzberg vergleichbar."

Punkt ! Kein Wort im folgenden mehr, was unter welchen Gesichtspunkten mit dem 1. Mai 87 in Kreuzberg zu vergleichen ist. Mit diesem einzelnen Satz ist es eine bloße Gleichsetzung. Riots von rechts oder links : alles dasselbe. Irgendwo haben wir diese Theorie schonmal gehört...
Jetzt noch ein bißchen was für die Tränendrüsen.

"Speziell die *verlorene Generation* der heute über 50jährigen hat ein Leben lang geschuftet und sitzt heute ohne Perspektive im neu eingerichteten Wohnzimmer. "Ihre Aktionen gegen die AsylbewerberInnen sind ein kollektiver Versuch der Integration in die Gesellschaft" steht im Ludwigshafener Papier zu Schönau. (...) Aber in der Substanz wird sich an ihrer Situation nichts ändern; sie sind überflüssig und das spüren sie."

Ja was denn nun? Haben wir es nun mit orientierungslosen fehlgeleiteten Jugendlichen oder perspektivlosen Frührentnern zu tun?
Die WILDCAT konzentriert sich schließlich auf die Jugendlichen, denn die haben schließlich noch ein langes Arbeits(kampf)leben vor sich.

"Der Verlust früherer sozialer Bindungen, die Orientierungslosigkeit der Eltern, das Gefühl allseitiger Bedrohung führen zu einer Straßenkultur der Kids. Antifas und Linke sind schnell bei der Hand, diese Jugendlichen mit den "Faschos" und "Rechten" in einen Topf zu werfen, aber das greift zu kurz : Die wenigsten, auch solche, die sich als "rechts" bezeichnen, haben ein gefestigtes Weltbild."

Und wann ein Jugendlicher, der sich selbst als "rechts" bezeichnet, ein "gefestigtes Weltbild" hat, entscheidet immer noch die WILDCAT. Sind sie auch so mißtrauisch, wenn sich junge Betriebsrevolutionäre als Linke bezeichnen? Bzw. ab welchem Alter hat man/frau ein Recht auf ein "gefestigtes Weltbild" ?
Aber ein bißchen traurig ist die WILDCAT schon über das, was ihre Klientel so manchmal macht.

"Es fällt uns extrem schwer, die Jugendlichen als Subjekte ernst zu nehmen, wo sie doch offensichtlich so ne Scheiße veranstalten."

Und logischerweise nehmen sie die Jugendlichen dann auch nicht als Subjekte wahr. Wenn diese sich als Nazis bezeichnen, meinen sie es nicht so, wenn diese Flüchtlingsheime anzünden, richtet sich das in Wirklichkeit gegen was ganz anderes und so weiter.

Aber die WILDCAT hat auch ein Herz für die jungen Leute :

"Es ist absurd, wenn Autonome, die auf Riots in Frankreich und Britain kritiklos abfahren, die Jugendlichen, die hier das gleiche machen, zunächst nicht wahrnehmen, und dann, wenn sie sich vor Asylheimen austoben, kurzerhand zu "Faschisten" erklären."

Junge Menschen müssen sich austoben, das ist wissenschaftlich bewiesen. Und auch, daß sie manchmal über die Stränge schlagen und ein wenig zu weit gehen. Aber man/frau war ja auch mal jung und sollte Verständnis haben.
Das eigentliche Problem liegt nämlich woanders :

"Das Problem mit den kids in Rostock, Eisenhüttenstadt, Quedlinburg usw. usf. ist, daß sie nicht wirklich revoltieren, daß sie in ihrer Opposition (genauso wie ihre Eltern auf einer anderen Ebene) auf halbem Weg stehenbleiben. Sie exekutieren in ihren Krawallen die Meinung ihrer Eltern. Sie haben einen riesen Haß auf den Staat und alles, was dazu gehört - die Riots sind auch immer Zoff gegen die Bullen. Aber sie sind feige und spießig, wenn es darum geht, die Nabelschnur zu alten Welt wirklich zu durchtrennen, selber was zu machen, eigene Wege auszuprobieren."

Jetzt wirft die WILDCAT den Kids also vor, daß sie keine ganze Sache gemacht haben. Schließlich haben die Flüchtlinge und VietnamesInnen die Pogrome ja überlebt. Beim nächsten Mal sollten sie vorher in die Geschichtsbücher gucken, um zu lernen, wie man sowas richtig macht.
Und falls das nichts nützt, geht es vielleicht auch nach dem Motto : Von der Linken lernen, heißt alles besser zu machen.

" ... aber "antifaschistische Gewalt" muß prinzipiell darauf achten, die Führer zu treffen und sie von ihrem Umfeld zu isolieren, sie muß polarisieren und nicht den Gegner zusammenschweißen (Jugendzentren abfackeln dürfte in aller Regel genau das erreichen !). Der Schweinebande von Privatunternehmern, die ein Vermögen auf dem Rücken der Flüchtlinge (und teilweise auch der "AnwohnerInnen") machen : Heimbetreiber, Wachschutzgesellschaften, Großküchen, Immobilienspekulanten passiert wenig; Polizeiakten über Hooligans, Akten über Flüchtlinge ...
Das greift nicht unmittelbar die neue Qualität der Pogrome an, aber es könnte den randalierenden Jugendlichen eine Idee davon vermitteln, daß sie ja auch diejenigen angreifen könnten, die wirklich für ihre Misere verantwortlich sind. "Asylanten vertreiben" ändert ja an ihrer realen Situation nichts, sich gegen Spekulanten durchsetzen, die Bullenkontrolle unterlaufen,dagegen schon."

Inzwischen haben die Nazis erkannt, wer "wirklich" für ihre Misere verantwortlich ist. Als Konsequenz bekommen sozialdemokratische und liberale Ausländerfreunde Briefbomben ins Haus geschickt. Wo sie sich das bloß abgeguckt haben?
Aber die WILDCAT bietet auch völkerverbindende Lösungen an, auf die selbst Cohn-Bendit nicht gekommen wäre. Sozusagen die Wunderwaffe des Antirassismus :

"Sie toben sich an Wehrlosen aus, randalieren gegen die Roma. Sie hören nicht auf ihre Mädchen, die sich schon in diese verliebt und Kontakte zu ihnen aufgenommen haben. Sie wollen das Neue nicht sehen. Aber entweder sie gehen weiter und revoltieren wirklich, oder sie kommen unter die Räder."

Vielleicht sollten noch mehr hübsche Roma-Mädchen nach vorne geschoben werden, damit sich die jugendlichen Krawallmacher in diese verlieben können. Denn Liebe überwindet bekanntlich jede Grenze.

"Die Krawalle der Halbstarken und Rocker waren Vorläufer der Jugendbewegung und Klassenkämpfe Ende der 60er, die SA-Truppen waren die Fußtruppen des Dritten Reiches."

Als erstes haben wir uns geweigert, diesen Satz zu verstehen. Wenn aus den Halbstarkenkrawallen eine linke Jugendbewegung wurde, dann hätte mit gezielter linker Agitation aus der SA eine prima kommunistische Schutzstaffel werden können? Leider hat damals der Rote Frontkämpferbund die Genossen von der SA mit Straßenschlachten verärgert.

"Der Staat
Für den Staat stehen in seiner Gefahrenanalyse zwei gesellschaftliche Gruppen an oberster Stelle : die alten Arbeiterkonzentrationen könnten vielleicht doch noch gegen Umstrukturierung im Westen und Abwicklung im Osten losschlagen (es gab in dem letzten Wochen einige Aktionen, die alle überraschend schnell "Erfolg" hatten !). Die unruhigen, "gewaltbereiten" Jugendlichen könnten ihre wirklichen Feinde angreifen (die Krawalle haben jetzt schon einen Doppelcharakter : auch nachdem die AsylbewerberInnen aus der ZASt in Lichtenhagen verlegt waren, ging die Randale weiter, sie erreichte in der Heftigkeit der Auseinandersetzung sogar ihre Höhepunkt)."

Auf den Punkt gebracht soll das wohl heißen, daß der Staat 1992 eine Heidenangst hatte, daß aus dem rassistischen Mob linksrevolutionäre KlassenkämpferInnen werden. Schade, daß nur die WILDCAT gemerkt hat, wie nah wir der Revolution damals waren.
Und dann wird aus der Tatsache, daß bei dem Pogrom nur die Häuser brannten, weil die Flüchtlinge

rechtzeitig abhauen konnten, messerscharf geschlossen, daß sich die Randale gar nicht gegen MigrantInnen richtete.
Und dabei hatte sich die WILDCAT so viel vorgenommen :

"Auch wenn wir denken, daß die staatliche Inszenierung von Krawallen dazu dient, die Leute vom Kämpfen abzulenken (die Falle des Antifaschismus), wäre es naiv, die hier aufbrechenden Fetzereien in der Klasse nicht wahrzunehmen und Parolen auszugeben à la "Laßt euch nicht ablenken, verschärft den Klassenkampf !" Wichtiger ist es, die realen Prozesse wahrzunehmen."

Leider lösen sie ihren Anspruch an keiner Stelle ein. Völlig geblendet von den ersten Strahlen der baldigen Revolution wird die Wirklichkeit so hingedreht und wahrgenommen, wie es ins eigene Weltbild paßt. Auf was für realen Gegebenheiten der Schlußsatz der WILDCAT beruht, ist uns so auch ein großes Rätsel.

"Verschiedentlich haben KollegInnen die neue "Asylanten raus"-Welle auch zum Anlaß genommen, mal wieder gemeinsam über ihre eigene Situation zu reden, an mehreren Orten hat sich "die Bewegung" aus demselben Anlaß aufgerappelt und zusammengefunden - und dann auch noch ganz andere Sachen angepackt : die Disskusionen wurden mal wieder grundsätzlicher, es wurden auch wieder neue Häuser/Zentren besetzt, der Kampf gegen die Vertreibung (Luxussanierung) aufgenommen ... Und eigentlich haben alle, die zu Demos oder anderen Initiativen in der eigenen Stadt aufgerufen haben, gute Erfahrungen damit gemacht, viele neue Gesichter sind aufgetaucht, "keiner weiß, woher" - es waren nur zu wenige, die Initiativen ergriffen haben. Alle warten, daß was passiert, legen wir los !"

Da können wir nur noch sagen : Hoffentlich nicht !!!

Wir haben hier versucht zu erläutern, warum wir die WILDCATlerInnen als ReferentInnen auf einem antirassistischen Kongreß für ungeeignet halten. Wir hoffen, daß unsere Kritik an dieser Entschuldigungsscheiße klar geworden ist. Nichtsdestotrotz rufen wir alle auf, am **26. Mai** nach **Büren** zu kommen !

ADAC (Anti - Deutscher Agitations - Club)

Hallo Leute

Dies ist ein Serienbrief, und der geht an mehrere antifaschistische/ linke Zeitschriften.
Um es vorwegzunehmen - dieser Brief stellt einen Aufruf dar, der dem Zweck der bunten Besiedelung von ostdeutschen Seebädern während des Sommers 1996 dient.
Insbesondere geht es hierbei um die sommerliche Besiedelung des Ostseebades Zingst zum Zweck des Protestes gegen die Kommerzialisierung, Betonierung und des absoluten Ausverkaufes des Dorfes. Wir wollen alle Punx, Skinheads, Antifaschisten, Autonome, Linke und ansonsten alle bunten Leute, die kommen wollen aufrufen(einladen), überall in Zingst, ob in Bonzenvillen oder leerstehenden Häusern Quartier zu nehmen und sonst eine gute Zeit zu verbringen und zusammen eine Menge Spaß zu haben. Das Ziel dieser Aktion soll sein, durch breite Präsenz Urlauber vom Mißbrauch der Halbinsel und gewisse (verwirrte) Randgruppen vom Mißbrauch ihrer rohen Gewalt und ihrer braunen Hirne abzuhalten.
Kurz gesagt, wir haben die Schnauze voll von Fascho - Terror und fetten, reichen, häßlichen Urlaubern. Vieleicht könnte diese Aktion auch einen Beitrag zum Wiederaufbau einer autonomen Szene in Nordostdeutschland leisten.
Info Zingst: Zingst ist eine 3500-Seelen-Gemeinde auf der Halbinsel Fischland/Darß/Zingst direkt an der Ostsee. Die Infrastruktur ist mittlerweile allein auf den Massentourismus ausgerichtet, andere Wirtschaftszweige gibt es kaum, das Baugewerbe hat momentan jedoch volle Auftragsbücher aufgrund der Epedemieartigen Ausbreitung von Urlaubshäusern, Ferienwohnungen und Hotels.
Zingst ist erreichbar von Rostock aus über die B 105 in östlicher Richtung. Von der B105 biegt man vor oder Hinter Ribnitz-Damgarten nach Norden ab, wo Man entweder über das Fischland oder die Meiningen-Brücke nach einigen Dörfern nach Zingst gelangt. Zingst bietet in vieler Hinsicht ideale Bedingungen für eine solche Aktion. Es gibt zwei Zufahrtsstraßen und aufgrund der Übersichtlichkeit und der Abgelegenheit ist trotz des Massentourismus nicht mit überraschenden Polizeiaktionen zu rechnen. Sollte es zu unerwarteten Gefahrensituationen kommen gibt es Zufluchtsorte in für Fahrzeuge verbotenes oder unerreichbares Gelände. Mit dem Niedergang der planwirtschaftlichen Ausbeutung der Halbinsel hinterblieben glücklicherweise massenhaft alte Wirtschaftsgebäude und DDR-Ferienobjekte, die den Anreisenden nach unserer Vorstellung Obdach und Schutz bieten sollen. Falls es jedoch eindeutig "kriminelle" Elemente kommen würden, würde es uns 100%ig nicht stören, wenn auch noch benutzte Ferienwohnungen und Villen Teil des Besiedelungsprogrammes werden.

P.S. Der beste Termin wären die beiden Wochen um den 12.-14. Juli, da findet nämlich in Purkshof bei Rostock ein Punk/Ska/Reggea Festival statt.

Was Sie schon immer über Sex wissen wollten...

(Teil 3 einer Trilogie)

Im nun letzten Teil meiner Trilogie über Sexualität und Herrschaft, die ich auf Anregung einiger Artikel aus Arrancas! aktueller Ausgabe "SEXualmoralischer Verdrängungszusammenhang" verfaßt habe, will ich nun zusammenfassende Worte schreiben und das Thema Sex und Moral diskutieren.
Auch wer weder die Arranca! noch den Teil 1 und 2 dieser Trilogie gelesen hat, soll trotz allem was von diesem Beitrag haben.

Weil ich Teil 2 unter Zeitdruck geschrieben habe, um die Aktualität der Trilogie zu erhalten, knüpfe ich in diesem letzten Teil noch an einige Gedankengänge an.
So steht beispielsweise noch die Kritik der Hamburger FrauenLesben im Raum, daß die Psychoanalyse die Männer zu Opfern stilisiere, indem Frauen bzw. Müttern die Schuld für die Entwicklung des Kindes zugeschoben werden würde. Doch spätestens hier muß nachgeschoben werden, daß die (kritische) Psychoanalyse nur einen bestimmten Bereich patriarchalischer Herrschaft erfaßt: die inneren Zustände. Die Strukturierung der Gesellschaft außerhalb der Familie, die Organisierung der Herrschaft und des Wissens werden damit kaum erläutert; ebensowenig internationale Zusammenhänge. Doch das ist auch nicht ihr Anspruch. Sie ist als ergänzender Ansatz zur Herrschaftsanalyse unabdingbar. Die Entlastung des Individuums, d.h. insbesondere des Mannes im Patriarchat, kann ihr aber nicht unterstellt werden. Die gesellschaftskritische Psychoanalyse belastet das Individuum, indem sie dessen Verinnerlichung der Herrschaft darlegt, aber gleichzeitig durch die akribische Beschreibung der psychischen Zustände für Verständnis wirbt. Der strukturalistische Ansatz, wie ihn z.B. in seiner Ausschließlichkeit die antiimperialistische Bewegung benutzt(e), belastet das Individuum, indem er dessen scheinbar unabänderliche Verflochtenheit in die Herrschaftstrukturen (weiß, metropol, männlich,...) zum Thema hat. Beide Ansätze verfolgen unterschiedliche Herangehensweisen, die Gesellschaft zu verändern.
Ersterer durch Umwälzung der zwischenmenschlichen Beziehungen und die Schaffung eines autonomen Selbstbewußtseins, letzterer durch die radikale Abschaffung globaler patriarchalischer, kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen. Beide sind (neben anderen Ansätzen) notwendig und ergänzen sich gegenseitig. Doch sie dürfen nicht unter dem Blickwinkel herrschender Moral gedacht, gelebt und vermittelt werden, da sie somit schnell zu Dogmen zu werden.

Die radikale Linke und ihre Moral

Mit meiner Trilogie habe ich beabsichtigt, anhand einer Diskussion um Sex und Moral, wie sie in der Arranca! ausgeführt wird, einige Gradwanderungen einer sich linksradikal verstehenden Bewegung aufzuzeigen. Wie sich gezeigt hat, gelangen wir bei jeglichen Bemühungen, (unseren) Sex zu thematisieren, bei der Frage des gesellschaftlichen Hintergrundes insbesondere der Moral.
Versuche, beides unberücksichtigt zu lassen schlagen zwangsläufig fehl, da ersteinmal von herrschenden Moralkodexen und den Machtverhältnissen ausgegangen werden muß, sofern keine entsprechenden Alternativen formuliert werden. Auch die Art und Weise, wie wir an ein Thema herangehen, ist durch unser Verständnis von Moral und durch verinnerlichte Herrschaft geprägt, wie ich in Teil 1 und 2 ausgeführt habe.
So kann beispielsweise die Aussage "das wichtigste am Sex ist, daß er Spaß macht" nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden. Sowohl der Sex als auch der Spaß sind Produkte unserer Sozialisation: während Sex und Spaß sich bei den einen im halbwegs gleichberechtigten, harmonischen Beisammensein ausdrückt, kann es sich bei den anderen die krasse ungleiche Subjekt-Objekt-Beziehung handeln. Das hat uns die gesellschaftskritische Psychoanalyse gezeigt.
Die Frage der Moral ist hierbei, wie derartige Analysen über ungleiche Beziehungen aufgefasst werden. Wenn alle am Sex Beteiligten "Spaß" daran haben, aber ihre unterdrückerischen Anteile nicht reflektieren, so werden sie mit einer (restriktiv aufgefassten) Moral des Besseren auch nicht zur Reflexion bewegt. Vielmehr verstärkt sich eine Antihaltung gegen linksradikale Ethik/Moralansätze.
Anläufe von Männergruppen, diesem Trend der Antihaltungen (Rollback) in der Linken etwas mit der Formulierung von etwa antipatriarchalischen "Konsequenzen für die alltägliche Praxis und Organisierung" (Männercafé Freiburg im aktuellen Männerrundbrief) entgegenzuhalten, werden immer wieder

fehlschlagen, solange die Frage nach der intendierten Moral und ihrer Praxis fehlt. Bei aller gutgemeinter Absicht und dem Appell, mit Hilfe einer vorweggenommenen Patriarchatsanalyse zur Einsicht/"Vernunft" zu mahnen, fehlt dem freiburger Beitrag einfach die Aussage, wie die darin enthaltenen Appelle?/Verhaltensregeln?/Anregungen? aufzufassen sind. Sie selbst bezeichnen ja an einer Stelle ihre Ausführungen ironischerweise als flammende Predigt und problematisieren kurz die "Schuld und Sühne"-Problematik antisexistischer Diskussionen. Doch ist ihr (predigender) Appell an das politische Selbstverständnis jeden linken Mannes als Peitsche und die Perspektive in der Männergruppe als Zukkerbrot ("hinter der dicken Mauer der Homophobie warten viele bunte Smarties") mißzuverstehen.
Eine von mehreren möglichen Abwehrhaltungen gegen moralisierend aufgefasste Patriarchatskritik ist das "Tabubrechen". Aber nicht wie in der Arranca! geschrieben, "um des Tabubrechen Willens", sondern um die eigene Selbstaufwertung als "Rebell" gegen die "Unterdrückung unliebsamer Diskurse". Dabei greifen diese "Rebellen" auf die verästelten Mittel von Herrschaft und bürgerlich-kirchlicher Moral zurück, die die radikale Linke eigentlich kritisieren will. Das Problem dabei ist nicht die radikale Linke, insbesondere der FrauenLesbenbewegung, sondern die Starrköpfigkeit und Reflexionslosigkeit derartiger "Tabubrecher".
Linksradikale bzw. feministische "Tabus" wollten und wollen viele brechen. Das ist eine Zeitgeisthaltung, wie sie heute beispielsweise von Wiglaf Droste verkörpert wird, der als linker Tabubrecher verkauft wird. Dem scheint die linksradikale Bewegung zu moralinsauer zu sein, so daß er als Reflex darauf "erst richtig" sexistisch sein will. Seine Antihaltung geht denn so weit, Vergewaltigung an Kindern zu verharmlosen und zusammen mit Katharina Rutschky u.a. die Mißbrauch am Mißbrauch-Kampagne mitzutragen. Droste macht sich vor allem damit zum Feindbild, daß er sich als Gallionsfigur eines sich links schimpfenden, sexistischen Zeitgeistes vermarkten läßt und großen Zulauf damit bekommt. Den erhält er m.E. besonders von denjenigen, die revolutionäre Inhalte mit Benimmregeln verwechselt haben und es bisher nicht schafften, ihre starken Über-Ich-Funktion zugunsten eines ausgeprägten Selbstbewußtseins herunterzuschrauben. Die zu starke Verinnerlichung der bürgerlich-kirchlichen Moral verträgt sich nicht mit revolutionären Entwicklungsprozessen. Beides sollte auseinandergehalten werden.
In einer ähnlichen Gefahrenzone bewegt sich auch die Arranca!, die mit ihrer aktuellen Ausgabe "linke Tabus" brechen will. Natürlich will ich Fels nicht mit Droste in einen Topf werfen. Ich unterstelle ihnen eine durchaus gutgemeinte Absicht, die Lücke um die Auseinandersetzung mit linksradikaler Moral füllen zu wollen. In ihrem Vorwort schreiben sie:

> *"Als unsere Debatte dann losging, sind wir schnell zu dem Problem gekommen, daß wir zwar einerseits bestehende Tabus hinterfragen, aber andererseits eben auch keinen Tabubruch um des Tabubruchs Willen wollten".*

Ich denke, daß sie an dieser Stelle ausführlicher in die Diskussion hätten einsteigen sollen. Der notwendige Schritt, der in ihrer Ausgabe fehlt, ist zu fragen, wie es dazu kommt, daß in der Linken "Tabus" aufgestellt werden bzw. Diskussionen um Sexualität und Herrschaft in Kategorien hineingepresst werden, die der herrschenden Moral entsprechen. Andererseits gehört auch die Selbstreflexion dazu, ob es nicht an einem/einer selbst liegt, Gesagtes undiskutiert als "Tabus" auszulegen bzw. selber dadurch zu "Tabus" zu machen. Was sind überhaupt "Tabus"? Wie und warum werden "Tabus" produziert?
Anstatt diese Fragen zu klären, tappen sie in lauter Fettnäpfchen, indem sie mit Fotos und Artikeln (außer dem der Assistentinnen) erfolglos eine "alternative" Herangehensweise versuchen, Sexualität "anders" zu thematisieren. Ein ähnlicher Versuch ist schon einmal fehlgeschlagen, als in der Interim ein WOZ-Artikel ("Liebe ist wie die Kirsche auf der Sahne") veröffentlicht wurde. Etwas anders als in der aktuellen Arranca! wird hier Sexualität aus Sicht von Singles à la "Hauptsache es macht Spaß-sonst ist alles egal" unreflektiert abgehandelt.

Postmoderne Moral

Diese o.g. Haltung im WOZ-Artikel ist bezeichnend für den postmodernen Zeitgeist, der weg von Verallgemeinerungen hin zu individuellen Lebensentwürfen will. Verallgemeinerungen im Sinne universaler Gerechtigkeitforderungen finde ich absolut notwendig als moralische/ethische Wertmaßstäbe. Diese Form der verallgemeinerten Moral konnte die moderne Gesellschaft trotz Vorspiegelung nie einlösen. Heute, wo dies umso klarer geworden ist, geht die Tendenz in eine unendliche Vielzahl individueller Verhaltenskodexe, aufgeteilt nach unterschiedlichen Tradionen und Kulturen. Der polnische Soziologe Zygmunt Baumann spricht in seinem neuen Buch "Postmoderne Ethik" von einem (postmodernen) "nihilistischen Blick auf die Moral", den er folgendermaßen begründet:

> *"Die Nicht-Universalisierbarkeit von Moral (..) enthält eine andere Bedeutung: sie opponiert gegen eine konkrete Version des moralischen Universalismus, die in der Moderne als kaum verschleierte Absichtserklärung diente, sich auf Gleichschaltung zu verlegen, auf eine zähe Kampagne, Unterschiede zu glätten und vor allem die >wilden< - autonomen, widerspenstigen, unkontrollierten - Ursprünge der moralischen Urteilskraft zu eliminieren."*

Der häufigste Reflex darauf ist, wie ich im Falle von Wiglaf Droste oben erörtert habe, daß das Kritisierte in sein Gegenteil verkehrt wird und jegliche (auch förderliche) universale Moralmaßstäbe mit dem

Verweis auf "Gleichschaltung" abgelehnt werden. Genau diese Richtung schlagen auch neurechte AutorInnen ein, die Moral als biologischen Ausdruck der lokalen Ethnien begreifen, die über Jahrtausende nach ihrer jeweils spezifischen Eigenheit im Unterbewußtsein aufbewahrt wurde, aber bei genauem Hinsehen zutage tritt. Die von den Individuen "intuitiv" wahrgenommene "Wahrheit" entpuppt sich für die Neue Rechte immer als eine völkische Kollektivwahrheit.

> "Von der Antike zum Christentum geht man von einer Moral, die wesentlich Suche nach einer persönlichen Ethik war, über zu einer Moral als Gehorsam gegenüber einem Regelsystem. (..) die Idee einer Moral als Gehorsam gegenüber einem Regelkodex ist heute im Verschwinden begriffen und ist schon verschwunden. Und diesem Fehlen von Moral will und muß die Suche nach einer Ästhetik der Existenz antworten." (Michel Foucault)

Andererseits ist es aber auch wichtig, die Moral anhand der jeweiligen gesellschaftlichen/kulturellen Bedingungen der einzelnen Individuen zu überprüfen, um tatsächlich einer "Gleichschaltung" vereinheitlichter Normen entgegenzutreten, die den Menschen in den Einzelfällen nicht gerecht werden. Es handelt sich auch hier wieder um eine Abwägungssache; eine Gradwanderung eben.
So können beispielsweise antirassistische Teilbereichskämpfe, in denen MigrantInnen mitwirken, mit ihrer Sichtweise nicht als "einseitig weiß" diffamiert werden, während die (moralische) Forderung nach international zusammengesetzten Kämpfen entgegen der StellvertreterInnenpolitik (moralisch und faktisch) durchaus wichtig ist.
Insgesamt hat sich mit ihrer Organisierung der Kämpfe die autonome Linke auf die postmodernen Tendenzen in dieser Gesellschaft entsprechend verhalten. Es gibt nicht eine Moral, die für die gesamte linksradikale Bewegung Gültigkeit verlangt (wie z.B. bei den K-Gruppen), sondern die Moral erhält ihre Gültigkeit erst in den einzelnen Teilbereichskämpfen (Anti-Akw, FrauenLesbenkampf, Antifa, Antira, usw.). Doch haut es dann leider nur sehr schwer hin, sich in der Gesamtheit als radikale/autonome Linke auf bestimmte moralische Kriterien zu einigen, die universelle Gültigkeit besitzen sollen. So z.B. die Ablehnung vieler Männer, feministische Forderungen in ihr Verständnis von "revolutionärer" Moral mit aufzunehmen. Es fehlt am Verständigungswillen von uns Männern, der von "männlicher" Seite aus hergestellt werden muß. Das ist auch eine Leerstelle, die vorallem wir als ("profeministische") "Männerbewegte" füllen sollten. Soweit zur neu schaffenden revolutionären Moral und ihrer Praxis.

Die Banalität der "freien Sexualität"

Als unreflektiert und gefährlich sehe ich das "Interview über freie Sexualität in einer Kommune". Gegen die Sicht der herrschenden Moralkodexe ist es sicherlich "revolutionär", ein Interview über Fickpläne und Gruppensex zu veröffentlichen. Die Offenheit, die einen Blick ins Schlafzimmer der "Sexkommune" zuläßt, ist angesichts der allgemeinen Verklemmtheit zu würdigen. Was mir hier aber fehlt, ist die Formulierung der Absicht des interviewten "Sex-Kommunarden". Welche Einstellung hat er denn heute zur Sexualität? Wie sieht sein heutiges Frauenbild im Vergleich zu damals aus? Gehen seine InterviewpartnerInnen von der Arranca! vom selben Patriarchats- bzw. Befreiungsbegriff aus?
Das, was von der Arranca! nicht dokumentiert ist, bleibt als Tatsache unwidersprochen im Raum. So z.B. die Rolle der Frauen in den "Kommunen", die sehr einseitig und fragwürdig beschrieben ist. Kein Wort zu den inhaltlichen Vorstellungen der "Kommune".
Bei der Frage, was er denn gelernt hätte nach all den Jahren in der "Sexkommune", kommt heraus, daß er nun auch mit Frauen schlafen würde, die nicht dem gängigem Schönheitsideal entsprechen. Auch ist er nicht mehr so eifersüchtig wie früher. Für den "Sex-Kommunarden" mag das ja eine wichtige Entwicklung in seinem Leben gewesen sein, doch für mich als kritischen Leser ist das zu wenig. Anhand des Interviewten wird deutlich, daß er seine gelebte Erfahrung nicht im gesellschaftlichem Kontext begreift und Patriarchat für ihn das individuelle Problem jedes/jeder einzelnen darstellt.
Würde er seine Erfahrungen vor dem Hintergrund der strukturellen Gewaltverhältnisse reflektieren, könnten wir als LeserInnen mehr mit der Überschrift dieses Interviews "Die Diktatur der freien Sexualität" anfangen. Der Begriff "Diktatur" würde insofern zutreffen, als daß die Verhältnisse, in denen die "Kommune" ihren Sex "frei" praktiziert hat keine "freien", von beiden Geschlechtern bestimmten Verhältnisse waren/sind. So wie die alten Mechanismen der Herrschaft funktionieren, haben beide (Mann und Frau) mitgespielt, während die Bedingungen hierfür von dem männlichen Teil der Gesellschaft bestimmt wurden bzw. werden. Doch dies kommt am Ende des Interviews nicht oder nur wenig heraus.
Ohne ausführliche Dokumentierung, worauf Arranca! mit dem Abdruck des Interviews bzw. dem hinaus will erhält das Veröffentlichte eine

> "Wir sollten auch nicht einfach Gruppensex fordern. Der Triolenverkehr als solcher ist nicht weniger repressiv als der statistisch durchschnittliche Geschlechtsverkehr. Mit derart abstrakten und scheinradikalen Forderungen werden wir zwangsläufig zu dem, was die Herrenmagazine und Partyfreunde in uns sehen: bestenfalls mutige junge Leute, die alte Tabus einreißen, im Normalfall aber noch weniger: Projektion der bürgerlichen Geilheit. Unser kulturrevolutionäres Ziel ist vielmehr die Erotisierung aller Beziehungen in der politischen Gruppe, die Abschaffung der Trennung von sogenanntem enterotisierten Beziehungen und Tätigkeiten und versuchen, ein Gegenmilieu zu schaffen, in dem wir diese erotischen Tätigkeiten und Beziehungen praktizieren können." (Bundesvorstand des Aktionszentrums Unabhängiger und Sozialistischer Schüler -AUSS 1971)

Beliebigkeit, in der Begriffe wie "Kommune", "freie Sexualität" und geschlechtsspezifisches Rollenverhalten unhinterfragt bleiben. Das finde ich auch das Gefährliche daran.

Überall lauert das Fettnäpfchen...

Unterm Strich hat sich für mich bei allen mir bekannten linken Sexualitätsdiskussionen gezeigt, daß eine "positive" Beschreibung, wie Sex nun in einer "befreiten" Form aussehen könnte, fast unmöglich ist, da unsere Sprache von Begrifflichkeiten durchsetzt ist, die sich unschwer in ihrer Vieldeutigkeit und beliebigen Auslegbarkeit verlieren (sog. "Sprachspiele"). Das habe ich am Beispiel des Spaßes und des Sex (siehe oben) zu verdeutlichen versucht. Unsere patriarchalische Sprachposition ist von bestimmten Mechanismen wie z.B. denen der Heterosexualisierung geprägt. Jeder Begriff, den wir in den öffentlichen Diskurs einbringen wollen, wie z.B. Patriarchat, Sexismus, Rassismus oder einfach Befreiung unterliegt einem Kampf um Definitionsmacht. So versuchen beispielsweise neurechte IdeologInnen, diese Begriffe ihrer Definitionsmacht unterzuordnen. Rassismus ist für sie z.B. dann die Diskriminierung aufgrund der "Rasse", Sexismus beinhaltet für sie die Einschränkung der Frau aufgrund ihrer biologischen Eigenschaften, Patriarchat anerkennt nicht die "biologischen" Geschlechterrollen und Befreiung ist gleichbedeutend mit national-chauvinistischer Selbstbehauptung. Der Vormarsch neurechter Argumentationen zwingt uns, unsere Inhalte konkreter zu formulieren und uns deutlich von neurechten Vereinnahmungsversuchen abzugrenzen.

> "Ich setze voraus, daß in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird - und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und die Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen." (Michel Foucault)

Andererseits zeigt uns diese Gegebenheit, daß überall Fettnäpfchen lauern, in Diskursen zu landen, über deren Definitionsmacht wir nicht verfügen. So auch im Thema Sexualität, wo es von kirchlich-moralischen bishin zu neurechts geprägten Begrifflichkeiten nur so wimmelt.

Diese Gründe sind es denn auch, warum die Frankfurter Schule - allen voran Adorno - auf die Formulierung einer negativen Dialektik besteht. D.h. u.a. positive Vorstellungen in ihrer "negativen" Abgrenzung zu formulieren (z.B. "ich bin gegen eine repressive Sexualität" anstatt "ich bin für freie Liebe" oder "Freiheit ist nicht Unterdrückung von anderen" anstatt "Freiheit ist die freie Entfaltung aller" usw.) So konstituieren wir radikalen/autonomen Linken unsere Identät nicht "positiv" sondern mehrheitlich anhand von Ausschlußkriterien (antirassistisch, antisexistisch, antikapitalistisch,..)

> "Reine Identität ist das vom Subjekt Gesetzte, insofern von außen Herangebrachte. Sie immanent kritisieren heißt darum, paradox genug, auch, sie von außen kritisieren. Das Subjekt muß am Nichtidentischen wiedergutmachen, was es daran verübt hat. Dadurch gerade wird es frei vom Schein des absoluten Fürsichseins." (T.W. Adorno)

Ich bin mir nicht sicher, ob es letztendlich möglich ist, eine "befreite" Sexualität zu beschreiben (ich muß ja schon das Wort "befreite" mit Anführungszeichen schreiben!). Vielleicht ist es ja mal möglich und ich lasse mich gerne eines besseren belehren.

Männer- Sex

Hoffentlich hat keine/r von Euch LeserInnen erwartet, daß ich hier schreibe, wie der pc-Sex m.E. nach aussehen soll! Anhand der vielfältigen Ausschlußkriterien, die ich in meiner Trilogie diskutiert habe, kann sich jede/r für sich ein Bild machen bzw. auseinandersetzen, so meine Hoffnung. Den besten Ort dafür für uns Männer sehe ich - ebenso wie die freiburger Männer (aktueller Männerrundbrief) - in einer politischen Männergruppe mit Selbsterfahrungsansatz.

> "Die Homosexualität bietet eine historische Gelegenheit, bestehende Möglichkeiten von Beziehungen und Gefühlen wieder zu erschließen, und dies nicht so sehr aufgrund der "wahren" Eigenschaften des Homosexuellen als deswegen, weil dieser gewissermaßen "schräg" liegt und so Diagonalen ins soziale Gewebe einzuzeichnen vermag, die diese Möglichkeiten erscheinen lassen." (Michel Foucault)

Was ich von explizit sadomasochistischen Sexpraktiken halten soll, darüber bin ich mir noch im unklaren. Gegenüber Männern, die ihren Sadismus offen ausleben bin ich sehr skeptisch, da hier männliche Herrschaft in "Reinform" kultiviert wird. Das als "spielerisch" abzutun erscheint mir aufgrund meiner Erläuterungen im Teil 2 dieser Trilogie als unglaubwürdig, zumal reale, bekannte Muster der Unterdrückung ausgelebt werden. Natürlich betrifft die Problematik des Sadismus mehr oder weniger auch uns Männer im allgemeinen, so daß es nicht immer einfach ist, uns klar abzugrenzen.

Abgrenzen will ich mich aber von dem, was dabei in gewalttätiger Form herauskommt.

Bestimmte Ähnlichkeiten von Autonomen/radikalen Linken zur S/M-Szene sehe ich beispielsweise darin, wie sich Männer darstellen, die auf Antifademos im schwarzen Block laufen. Wer von hier aus auf die S/M-Fraktion mit ihrem Lack- und Leder-Fetisch herabblickt, erscheint mir doppelmoralig. Die Kultivierung und Betonung des (angespannten) männlichen Körperpanzers in der Leder- oder Bomberjacke, die Orientierung an (errigierten) Machtsymbolen wie Fahnen und die stramme militärische Formierung

(Ketten im Block) weisen starke Parallelen zum S/M-Kult auf. (Autonomer [Männer-] Militanzfetisch als Ausdruck verdrängter sexueller Bedürfnisse?) Ist Mann so im Bett wie auf der Straße?

Die Diskussion um "Zensur"

In der Interim Nr.374 haben die FrauenLesben aus dem hamburger Infoladen Schwarzmarkt den Nicht-Verkauf der aktuellen Arranca damit begründet, daß sie eine Bedrohung feministischer Inhalte und Politik darstelle:

> *"Zum einen wird durch das ganze Heft hindurch zwischen und in den Zeilen die Frauenbewegung diskreditiert und lächerlich gemacht. Zum anderen werden hier die uns zu Genüge bekannten sexistischen Versatzstücke wie Pornographie, männerdominierte Sexualität, Machismo, Definitionsmacht der Männer usw. in einem Heft zusammengestellt."*

In ihrer ausführlichen Begründung, die ich im großen und ganzen teile, kommen sie zum Schluß, daß es fragwürdig bleibt, ob in einer unfreien Gesellschaft überhaupt über befreite Sexualität gesprochen werden kann. Die Frage nach der Utopie einer sexuellen Befreiung und die Wege dahin könne nur im gesamten Kontext angegangen werden.

Die pornographischen Fotos habe ich mit einer gewissen Distanz betrachtet, die wohl zu unkritisch war. Ich fand diese Bilder "gewagt" und für eine linksradikale Zeitschrift provokativ. Genau diese Provokation, die ihre KritikerInnen wahrscheinlich als "sexualmoralisch verklemmt" entblössen wollte, habe ich verdrängt, um nicht darauf "einzusteigen".

Schließlich kann so eine Provokation nur als längst überholte Gegenreaktion auf die bürgerliche Prüderie eingeordnet werden, die als Aktionsform mehr Sexismus als antibürgerliche Kritik beinhaltet.

Im Vergleich zu den hamburger FrauenLesben war es auch mein Anliegen, das veröffentlichte zum Anlaß der Kritik zu nehmen und anhand einzelner Beiträge der aktuellen Arranca! u.a. auf die Schwierigkeit einer solchen Diskussion/Ausgabe hinzuweisen.

Absurderweise hängt mit dem Verkauf der aktuellen Arranca! die Berechtigung für meine Trilogie zusammen. Auch, wenn ich mich nicht gegen den Nichtverkauf ausspreche, kann ich mich damit nicht zum Hintertürchen davonschleichen! Wer die (gekaufte) aktuelle Arranca! gelesen hat, versteht meine Artikel besser. Davon bin ich ausgegangen. In dieser Hinsicht fördert mein Artikel den Verkauf dieser (ansonsten sehr guten, lesenswerten) Zeitschrift. Für mich ist dies ein Widerspruch, den ich schwerlich auflösen kann und wohl hinnehmen werde.

Unser Verhältnis zur Arranca!

Derartige Diskussionsansätze zum Thema Sexualität, wie in der Arranca! versucht werden, sind in der radikalen Linken keine Seltenheit. Wie der Artikel der Assistentinnen zeigt, gibt es aber keinen Konsens über diese Ausgabe. Spanned an dieser Stelle wäre eine Dokumentation ihrer (gemischten) Auseinandersetzung über die einzelnen Artikel gewesen. (Mal abwarten auf die nächste Arranca!-Ausgabe!?)

Fels, die mit ihrer Entsagung von der autonomen Politik neue Wege beschreiten wollten, sind in vieler Hinsicht an dem wieder angelangt, von dem sie sich verabschiedeten. Ich beziehe mich hierbei vor allem auf ihre "Texte zur Kritik an den Autonomen" und ihre Austrittserklärung aus der AAB/0.

Nach ihrer Ausstiegserklärung taten sie genau das Gegenteil von dem, was viele von uns Autonomen erwartet haben. Die Hinwendung zu einer straffen Bewegung wie der AAB/0.

Absurderweise hatte sich Fels mit der AAB/0 den Inbegriff "autonomen" Symbolfetischismus und ritualisierter Kampagnenheinzpolitik eingehandelt. Keine AAB/0-Demo ohne kämpferischen schwarzen Block, keine AAB/0-Broschüre ohne die üblichen Demo-Phrasen und die Beschwörung der guten alten Einheitsfront-Zeit, keine Erklärung, die sich nicht auf die Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen (die ich hier nicht schmälern will) bezieht. Dieses Bild hat die AAB/0 seit ihrem Bestehen produziert. Die Selbstbeschäftigung mit der Szene hat AAB/0-Gruppen zwangsläufig in die zahllosen Antifa- und §129a-Prozesse involviert.

Ihre Organisationsstruktur, der eine gesamte Gesellschaftsanalyse unterliegt scheint auch fehlgeschlagen zu sein. Die einzelnen Teilbereichskämpfe aus der Antifapolitik abzuleiten muß in der Konsequenz fehlschlagen. Die gemeinsame Analyse kann nicht von "oben" entworfen, sondern muß von der Basis zusammengetragen und abgeglichen werden. Kämpfe, die sich widersprechen, können nicht zwangsvereinigt werden (so z.B. "Macker"-Antifa contra FrauenLesbenkampf).

Doch hilft es uns als Kritisierende an dieser Stelle nicht weiter, derartige Versuche von vornherein zu diskreditieren, ohne ihre Absicht, ihre Entwicklung und ihre Erfahrungen zu sehen.

Vieles von dem gesagten haben Fels in ihrem Artikel dazu auch reflektiert. Ihr Versprechen, über den subkulturellen Tellerrand hinaus zu agieren, haben sie mit der Arranca! eingelöst. (Der Großteil ihrer LeserInnen vermute ich jedoch in der autonomen Szene.) Die Praxis wird zeigen, wie andersartig Fels von der heutigen autonomen Bewegung ist, oder ob sich beide nicht doch in die selbe Richtung bewegen. Bleibt nur zu hoffen, daß wir weiterhin voneinander lernen und auch diese Trilogie sowie der hamburger FrauenLesbenartikel in ihre Auseinandersetzung miteinbezogen wird.

Zum Schluß...

Die Frage, ob es in einer unfreien Gesellschaft möglich ist, über befreite Sexualität zu sprechen habe ich oben diskutiert und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß hier die Prämissen für solch einen Diskurs geklärt sein müssen: dazu gehören die Frage nach den (postmodernen) Herrschaftsverhältnissen, die Frage nach der Moral und ihrer Praxis, die Einbeziehung struktureller wie handlungstheoretischer Ansätze, insbesondere Linksradikal-Feministischer, die klare Abgrenzung zur Neuen Rechten und die Problematisierung des gesprochenen Wortes, d.h. die Ordnung des Diskurses.
Dabei ist mir klar, daß das Thema Sexualität nur bis zu einem gewissen Grad gemischt diskutiert werden kann, da dieser Diskurs unter ungleichen gesellschaftlichen Bedingungen schnell und ungewollt Machtverhältnisse verfestigen kann. Deshalb habe ich bewußt manche Bereiche der Sexualität hier nicht angesprochen. Beispielsweise lenkt der typisch männliche Blickwinkel auf Bereiche "weiblicher" Sexualität entstellt und von eigenen unterdrückerischen Anteilen ab. Die Diskussion um männlichen Masochismus finde ich nicht vorrangig, auch wenn es den gibt. Die Gefahr ist hier groß, aus (strukturellen, potentiellen bzw. faktischen) "Tätern" "Opfer" zu machen.

"Dem Kooperationsversuch (von Frauen mit Männern;d.A.) wäre vorausgesetzt, daß auch Männer mit der Dekonstruktion von "Männlichkeit", einer androzentrischen und ethnozentrischen Identität ernst machen, mit ihrer Absage an Herrschaft. Und sie hätten vermutlich noch viel folgenreicher zu dekonstruieren als die Frauen. Sie müßten sich von kulturellen und persönlichen Privilegien aus Beton verabschieden-eine Infragestellung, die bei vielen auf die Totale zielt. Denn in der Doppelrealität von Diskriminierung und Herrschaftsunterstützung befinden sich Männer im Normalfall nicht: in dem Problem-*Haben* und dem Problem-*Sein*. "Der Mann" muß sehen, daß er und sein Konstrukt in erster Linie ein Problem *ist*-für Andere."
(Christina Thürmer-Rohr)

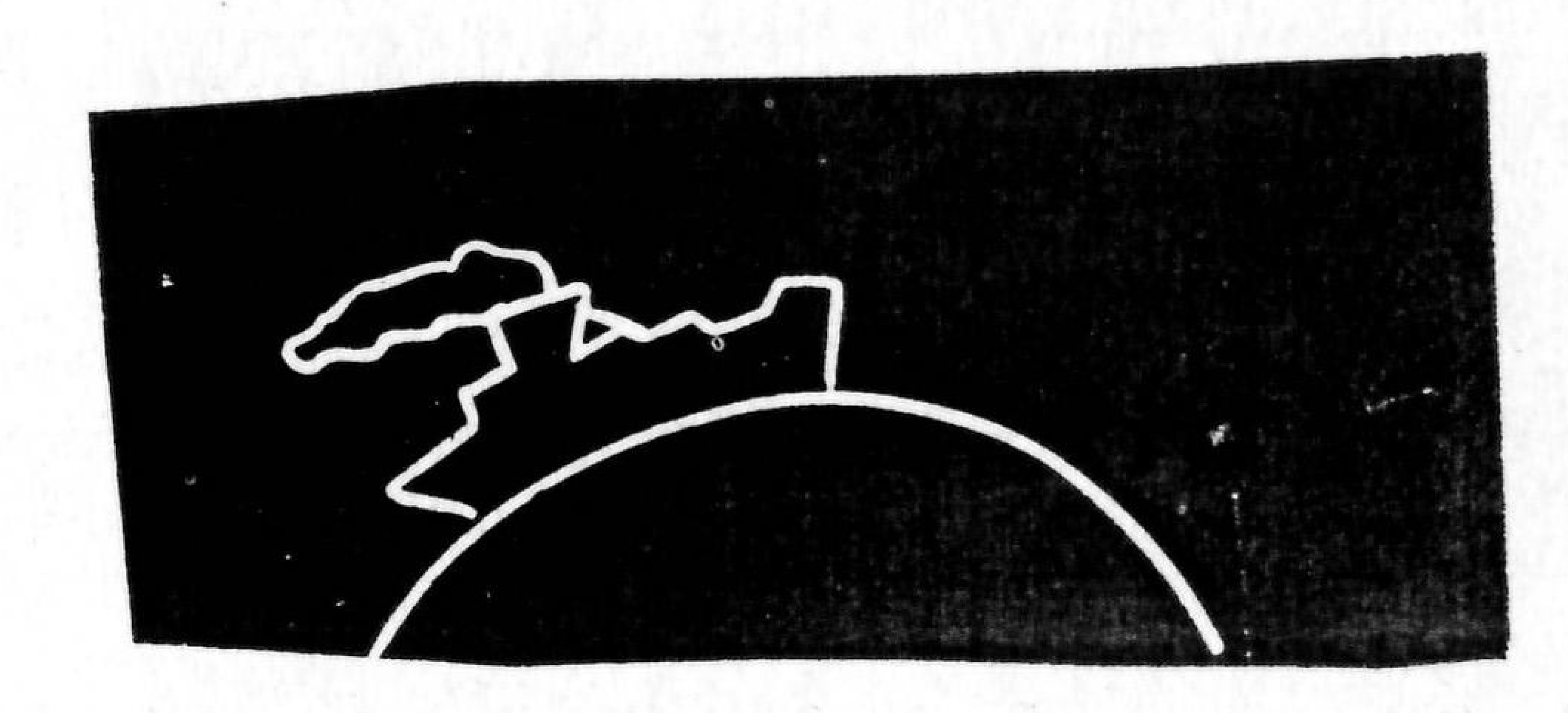
Ich hoffe, daß bei Euch allen Sonnenmenschen -ob schwul, lesbisch, hetero oder hetera - die "schönen" Momente des Zärtlichkeitenaustausches überwiegen und abgesehen davon Sex spielerisch auf vielfältigsten Ebenen Spaß macht! Das, was ich dabei problematisieren würde, habe ich ausführlich erläutert. Doch reicht es nicht aus, es lediglich im "Kopf zu haben". "Guter" Sex ist für mich gleichberechtigt, beschwingend, verzaubernd, spannungsgeladen, harmonisch, locker, sanft, fließend, mal aktiv, mal passiv...

Auf eine konstruktive Auseinandersetzung!
Kermit (KM)
(Für eine autonome Strömung!!)

Hinweis: Anscheinend fehlen bei manchen Interim-Ausgaben (Nr. 375) zwei Seiten des 2. Teils. Aus diesem Grunde schicke ich einige Gesamttexte (Teil1-3) an den Münchener Infoladen, den Hamburger Infoladen Schwarzmarkt/Männerarchiv, ins Freiburger Männercafè und das Männerarchiv im Berliner Papiertiger.

Literaturnachweis (eine Auswahl):

Arranca! Nr.8; Schwerpunkt: SEXualmoralischer Verdrängungszusammenhang
Männerrundbrief Nr.8, April/Mai 1996
Radikal Nr.138, 147 + 149
Texte zur Kritik an den Autonomen; von Fels herausgegeben.
Alte Interim-Ausgaben
Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis: Utopie-Richtiges im Falschen? Bd.39
Michel Foucault: Die Ordnung des Diskurses
Sexualität und Wahrheit
Von der Freundschaft
Judith Butler: Das Unbehagen der Geschlechter-Gender Studies
Klaus Theweleit: Männerphantasien
Theodor W. Adorno: Negative Dialektik
Zygmunt Baumann: Postmoderne Ethik
Mario Erdheim: Psychoanalyse und Unbewußtheit in der Kultur
Jessica Benjamin: Die Fesseln der Liebe
Sulamith Firestone: Frauenbefreiung und sexuelle Revolution
u.v.a.



Broschüre: Schwarzer Widerstand und Befreiungsbewegung in den "USA"

Die im April 1995 veröffentlichte Broschüre soll zur unverändert dringlichen Solidarität mit dem ehemaligen Black Panther und engagierten Journalisten Mumia Abu-Jamal beitragen.

Mumia steht für viele Politische und Kriegsgefangene aus den Befreiungsbewegungen, welche die westeuropäische Kolonialisierung aller Teile Amerikas und Afrikas und ihr Produkt "USA" angreifen: die indigene, die schwarze, die puertoricanische, die mexicanisch-chicanische und die antiimperialistische.
Umgekehrt ist der Angriff des US-Staates gegen Mumia eine demonstrative Spitze des Angriffs gegen diese Befreiungsbewegungen: Denn der Mord an Mumia wäre wieder die erste *offizielle* Ermordung von RevolutionärInnen in den "USA" seit Jahrzehnten.

Die Black Panthers seit 1966 und die Black Liberation Army verstanden sich als Teil der aufsteigenden revolutionären Befreiungskämpfe in den Drei Kontinenten: genauer als den Teil, der den Kampf "im Herzen der Bestie" aufnahm.
Teile des Widerstands und einige revolutionäre Organisationen seit 1968 in Westeuropa - wie die RAF oder die Action Directe - nahmen diesen Kampf "im Herzen der Bestie" auch hier auf. Andere revolutionäre Organisationen - wie die Roten Brigaden in Italien, die PCEr/GRAPO im spanischen Staat oder die CCC in Belgien - gingen zwar von einem andern Konzept (der revolutionären Klasse) aus, verstanden sich aber gleichfalls im Zusammenhang der weltweiten Bewegung gegen den Imperialismus.
In der BRD entwickelten die Rote Zora, die Amazonen und weitere FrauenLesbengruppen einen militanten Kampf gegen das imperialistische Patriarchat. Mit ihren Angriffen und Erklärungen machten sie vielen FrauenLesben hier die Notwendigkeit und Realisierbarkeit eines revolutionären Feminismus deutlich.

Black Panthers und Black Liberation Army wirkten sozusagen als ein Bindeglied zwischen Kämpfen in den Drei Kontinenten und in den Metropolen; so trugen sie bei zum Wieder- oder Neuentstehen revolutionärer Strömungen in Westeuropa.
Die Geschichte dieser Organisationen soll deshalb auch zum Bewusstsein unserer eigenen Geschichte beitragen.

Aus dem Inhalt der Broschüre:

- sehr kurz gefasste Geschichte der westeuropäischen Kolonialisierung Nordamerikas, der Durchsetzung der "USA" als kolonialistischer Siedlerstaat und der Sklaverei als Grundlage des kapitalistischen Patriarchats,
- kurz gefasste Geschichte der schwarzen oder neuafrikanischen Befreiungsbewegung seit dem 17.Jahrhundert,
- ausführliche Geschichte der Black Panthers, der Black Liberation Army, der schwarzen Gefangenenbewegung seit den 60er Jahren, der Formen der Aufstandsbekämpfung durch den US-Staat seit 1968 und der Bedingungen in den Knästen, kurze Darstellung der aktuellen Rebellion in den Städten und der unterschiedlichen schwarzen Organisationen heute.
- Angefügt sind: Botschaften von oder Berichte zu einzelnen Gefangenen, eine Adressliste von Politischen und Kriegsgefangenen in den "USA" und von unterstützenden Organisationen. Ein Nachwort beleuchtet feministischen Hintergrund und Ziel der Broschüre.

In allen Kapiteln gilt das besondere Interesse den Bedingungen sowie den politischen Einschätzungen, Zielen und Kämpfen schwarzer Frauen und Lesben, wobei letzteres oft an die Grenzen der Quellenlage stösst.

Die 144-seitige, illustrierte Broschüre könnt Ihr gegen Einsendung des jeweiligen Bargeldbetrages bestellen bei:
Infoladen "Anschlag" (USA-Broschüre), Heeperstr. 132, D-33607 Bielefeld.
Bargeldbetrag: Gewünschte Anzahl mal 6.- DM pro Broschüre plus Porto.
Porto bei Bestellungen aus Deutschland: 3.- DM für 1-2 Broschüren, 4.- DM für 3-5 Broschüren, 5.50 DM für 6-10 Broschüren, 7.60 DM für 11-26 Broschüren.
Porto bei Bestellungen aus den Niederlanden, Oesterreich und der Schweiz: 8.- DM für eine Broschüre, 12.- DM für 2-10 Broschüren, 26.- DM für 11-21 Broschüren.

Liebe AntifaschistInnen,

Wir wollten euch heute eigentlich nach der Gedenkveranstaltung zu einer gemeinsamen Bus - und Demonstrationsfahrt zu einem der Mörder des Gestapoverbrechens in der Wenzelbergschlucht einladen. Das ist heute für uns nicht möglich. Die Schergen, die wir im Auge hatten, sind teilweise erst vor kurzer Zeit gestorben, ein anderer ist in einer kurzen Busreise für uns heute nicht erreichbar.. Wir gehen aber davon aus, daß wir in nächster Zeit (vermutlich am 29. Juni) einen der Gestapo-Mörder ausfindig machen werden und vor seinem Versteck eine Demonstration organisieren werden. Wir haben nicht mehr viel Zeit die alten Faschisten und Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen!
Kein Vergeben! Kein Vergessen!

Autonome AntifaschistInnen aus Wuppertal

Mörder leben länger

Das Gestapo-Massaker vom Wenzelberg ist auch nach 51 Jahren ungesühnt.

"Die Akte Wenzelberg ist geschlossen. Die Ermordung der 71 Gefangenen aus dem Zuchthaus Lüttringhausen am 13. April 1945, wenige Tage vor dem Einmarsch amerikanischer Truppen, kann strafrechtlich nicht mehr gesühnt werden, da trotz umfangreicher Fahndungen kein lebender Beteiligter an dem Massenmord ermittelt werden konnte", so die Staatsanwaltschaft Wuppertal 1981.

Was an diesen letzten Kriegstagen am Wenzelberg in der Nähe von Solingen geschah, ist Dank der Aufzeichnungen von Karl Bennert von der VVN Solingen noch gut rekonstruierbar. Er nennt die Namen der Täter und schildert an Hand von Dokumenten den Ablauf des letzten Verbrechens der Wuppertaler Gestapo. Es ist die Geschichte eines verdrängten, nach wie vor ungesühnten Massenmordes , begangen von den Gestapoleuten der Außenstelle Wuppertal in Zusammenarbeit mit der Wuppertaler Schutzpolizei . Die Opfer waren Antifaschisten aus den bergischen Städten, russische und polnische Zwangsarbeiter und soziale Gefangene, die die Nazis für kriminell und todeswürdig genug hielten
3 Tage vor Kriegsende, vor dem Einmarsch der Amerikaner, wurden diese Menschen aus dem Zuchthaus Lüttringshausen und aus dem Gefängnis in Wuppertal- Bendahl geholt. Auf dem Weg nach Wuppertal machte der Gefangenentransport auch noch in Ronsdorf in dem dortigen Polizeigefängnis Station.Vier junge sowjetische Zwangsarbeiter, die wegen Feldfruchtdiebstahl einsaßen, wurden ebenfalls aufgeladen. Mit geschlossenen Lastkraftwagen, begleitet von Fahrzeugen der Wuppertaler Schutzpolizei, wurde das menschliche "Schlachtvieh" zum Wenzelberg gebracht. Dort waren schon alle nötigen Vorbereitungen getroffen: Die Gestapo-Beamten Hufenstuhl und Beine begaben sich in Begleitung der Solinger Gestapomänner Burmann und Vogel in die Ohligser Heide, um einen günstigen Platz für das Verbrechen ausfindig zu machen.
Burmann und Vogel wurden duch Hufenstuhl beauftragt, eine Grube ausheben zu lassen, deren Maße genau festgelegt wurden. Da dem Gestapo-Mann Vogel wegen der "ungünstigen" Lage des Platzes Bedenken kamen, ließ er sich durch den Polizeileutnant Dreyer eine "besser geeignete Stelle" nennen.

Die "passende" Stelle fanden sie in der Wenzelbergschlucht, dort mußten ausländische Zwangsarbeiter eine große Grube ausheben. Das Gelände ist weithin abgesperrt, Hilfskräfte, u.a. Angehörige des Sicherheitshilfsdienstes und der Wuppertaler Schutzpolizei sorgten dafür, daß es keine ungebetenen Zeugen für das Folgende gab. "Die Gefangenen müssen aussteigen und werden den Hügel hinangetrieben. Einige von ihnen können nicht gehen, sie müssen von anderen gestützt werden. Einer hat nur ein Bein und schleppt sich mit seinen Krücken durch den tiefen Sand. An der Grube angekommen, müssen sich die Opfer zu zweit hinknien, worauf sie durch Genickschuß getötet werden, darauf die Nächsten und so fort. Die Exekution dauert etwa eine Stunde. Anwohner berichten von entsetzlichen Schreien, unterbrochen von Pistolenschüssen. Die am Verbrechen beteiligten, schaufeln die Grube zu, ein Kommando wird beauftragt, letzte Spuren zu verwischen."

Drei Tage vor Kriegsende funktioniert im Gestapoapparat in Wuppertal noch alles wie am Schnürchen, ein Verbrechen mehr oder weniger schien den ausgewiesenen Folterern aus dem Polizeipräsidium keine Probleme zu bereiten, die Jahre zuvor hatten auch altgediente preußische Polizeibeamte hart gemacht. Die meisten der Polizisten, die in den Dienst der Gestapo in Wuppertal traten, waren republiktreue Polizisten gewesen. Erst die "Praxisnähe" in dem KZ Kemna, in den Kellern der Polizeireviere der Von der Heydt - Gasse oder der Bachstraße machte aus den deutschen Familienvätern, Menschen, die Geständnisse durch Folterung erpressten oder einfach nur Kommunisten das Gesicht eintraten. Einige von ihnen lernten ihr "Handwerk" auch bei den Einsatzgruppen an der Ostfront. Wer dort war, der konnte auch drei Tage vor Kriegsende "behilflich" sein, 72 Gefangene per Genickschuß zu liquidieren. Die allwissende Gestapo ist auch in Wuppertal ein unbegründeter Mythos , hier waren weniger die genialen Ermittler und Kriminalisten am Werke , als Beamte, die ganz gezielt Aussagen, Hinweise und bei Bedarf Geständnisse durch Mißhandlungen erzwangen. Statt Ermittlung und kriminalistischen Spürsinn wurden die Folter zum täglichen Handwerkszeug. Die chronische Unterbesetzung der Behörde tat ihr übriges und führte gerade in den Zeiten der großen Verhaftungswellen zu den entsprechenden Ermittlungsmethoden. Die überlieferten Vernehmungsprotokolle zeigen deutlich, wie effektiv in jeder Hinsicht ihre Methoden waren. Nur wenige Gefangene haben geschwiegen, nur wenige haben keine anderen Personen belastet, und die wenigsten, die geschwiegen haben und schweigen konnten, haben die Torturen überlebt. Die kommunistische Bewegung ist nicht nur in Wuppertal in den Jahren 33-36 totgeschlagen worden, zuerst in der Kemna und in der Von Heydts Gasse, später ertränkt in den Stauseen und gemordet in den Folterzimmern des Polizeipräsidiums. Das Verbrechen in der Wenzelbergschlucht, quasi in letzter Minute sich ihrer politischen Feinde zu entledigen lag in dieser Logik.

Die Mörder vom Wenzelberg sind nie zur Rechenschaft gezogen worden, obwohl Antifaschisten schon sehr frühzeitig die Namen der Täter veröffentlichten. Mit Ausnahme von Kriminalrat Hufenstuhl, dem berüchtigten Leiter der Gestapoaußenstelle Wuppertal, der sich nach dem Einmarsch der Amerikaner im Bergischen versteckte und der sich, so steht es zumindest in den Akten, selbst am 24.5.45 erschossen hatte, sind die anderen Mörder in Frieden gestorben oder leben noch unter uns. Mit falschen Namen im Altersheim oder mit Staatspensionen als altgediente Polizisten. Die Spuren der Wuppertaler Gestapoleute verlieren sich keineswegs nach dem Krieg. Bis auf Theodor Goeke, der sich rechtzeitig absetzte und offiziell nicht mehr auftaucht, kehren die am Massaker vom Wenzelberg beteiligten Beamten nach Wuppertal zurück . Sie alle waren schnell aus den Internierungslagern der Allierten entlassen und entnazifiziert worden. In den Adressbüchern dieser Zeit sind sie allesamt als Kriminalbeamte im Ruhestand erwähnt und bezogen Pensionen.
Strafrechtlich hatte keiner der Täter etwas zu befürchten. Die Justiz der BRD hatte wenig Interesse an der Strafverfolgung in diesem Fall. Die Feindlinie hatte sich im kalten Krieg ohnehin wieder auf die alten Koordinaten, auf den Kampf gegen den Kommunismus verschoben. Und natürlich war die Beweislage schwierig, besonders weil die Ermittlungen viel zu spät einsetzten. Dazu kam noch, daß keiner der Akteure von damals sich - logischerweise - zur eigenen Mordtat bekannte, und auch unabhängige Zeugen waren nicht mehr aufzutreiben. Die Strategie der Beteiligten ging auf: Gemordet haben immer die anderen. Sie selber waren nur "behilflich", haben nur die geeignete Grube ausheben lassen, nur die LKWs gefahren oder "nur" abgesperrt, nur die Schüsse gehört, auf obersten Befehl gehandelt..

Antirepressionstage im Juzl

vom 13.5. - 13.6.1996

Bereits letztes Jahr im Mai fand im Jugendzentrum Innenstadt eine „Antirepressionswoche" statt. Aber unser gutgemeinter Rat „Schluß mit der Schnüffelei", das Motto des letzten Jahres, hat leider wenig Eindruck bei den ermittelnden Behörden hinterlassen. Im Gegenteil: Mittlerweile ist das Juzl selbst offensichtlich zum Objekt ihrer Begierde geworden. Grund genug, auch dieses Jahr wieder „Antirepressionstage" zu veranstalten, bei denen es darum geht, einerseits die laufende Repression gegen linke Politik und Arbeit zu thematisieren und andererseits zu versuchen, eben diese Arbeit darzustellen. So findet sich bei den diesjährigen Antirepressionstagen eine Vielfalt an Veranstaltungen, u.a. Diskussionen, Filmvorführungen, Konzerte, Parties, etc.

Seit Anfang Januar 1996 ist uns bekannt, daß im Juzl vom Bundeskriminalamt (BKA) nach §129a (Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) ermittelt wird. Als Vorwand für das Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt dient ein „Drohbrief zum Nachteil des Ermittlungsrichters Dr. Beyer" (Vorladungstext). Dieser Brief soll angeblich vor Weihnachten aus dem Juzl als Fax an den BGH-Richter Beyer geschickt worden sein.
Am 22. Februar wurden die drei Vorstandsvorsitzenden des Juzls als Zeugen von der Bundesanwaltschaft (BAW) im Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe verhört. Anfang April mußten ein weiteres Mitglied des Vorstands und ein Sozialarbeiter des Juzls zur Vernehmung nach Karlsruhe fahren – eine weitere Sozialarbeiterin war zum Zeitpunkt der Vorladung im Urlaub.
Die Kriminalisierung des Juzl ist nichts neues. Observationen und Einschüchterungen der Juzl-BesucherInnen gehören seit Jahren zur Tagesordnung. Bisheriger Höhepunkt der staatlichen Angriffe gegen das Juzl war die Razzia eben dort im Dezember 1986, bei der über 400 Menschen erkennungsdienstlich behandelt worden waren. Zwar mußten alle Verfahren eingestellt und Schadensersatz wegen Freiheitsberaubung gezahlt werden; das eigentliche Ziel dieser Attacke war es jedoch, einen breiten Einblick in die politische Szene Göttingens zu bekommen und diese zu spalten und zu lähmen.
Das Juzl ist ein linkes Jugendzentrum, das sowohl einen Ansatz emanzipatorischer Jugendarbeit verfolgt, als auch seit seinem vierzehnjährigen Bestehen politischen Initiativen Raum und Unterstützung gegeben hat. Dagegen richtet sich der Angriff von Staatsschutz und Justiz. Das sogenannte „Drohfax" wird nun als neuer Aufhänger benutzt, das Juzl mit Hilfe des Gummiparagraphen 129a auszuleuchten. Die Frage des verhörenden Staatsanwaltes Phillipps in Karlsruhe an einen Zeugen aus dem Juzl-Vorstand, wer denn im Juzl die Fäden ziehe, läßt Parallelen zur Razzia 1986 deutlich werden, wo der damalige niedersächsische Polizeiminister Hasselmann (CDU) „die Strippenzieher in ihren Löchern" aufspüren wollte.

Aber in Göttingen gibt es scheinbar weitaus mehr StrippenzieherInnen, denen die sich zuständig fühlenden Ermittlungsbehörden „auf die Schliche" kommen wollen. So wird in mindestens drei weiteren politischen Bereichen in Göttingen kriminalisiert und ausgeforscht.

Im Sommer steht der Mammutprozeß nach §129 (Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung) gegen 17 mutmaßliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) an, nachdem 1994 in einer großangelegten Aktion diverse Privatwohnungen, der AStA der Uni Göttingen, eine Druckerei, ein Belichtungsstudio und der Buchladen Rote Straße gerazzt wurden. Die Ermittlungen nach §129a gegen den Buchladen wurden mittlerweile eingestellt.
Gegen fünf Menschen laufen Ermittlungverfahren wegen „versuchten Totschlags" aufgrund von angeblicher Beteiligung an einer Antifa-Aktion 1991 gegen Polaceks damaliges FAP-Schulungszentrum in Mackenrode.
Und auch gegen Castor-GegnerInnen sind noch einige von den insgesamt eingeleiteten 160 Verfahren offen, die im Rahmen des Cator-Transportes im April 1995 eingeleitet wurden. Unter anderem gibt es in diesem Zusammenhang Ermittlungsverfahren nach §129a gegen Unbekannt.

Mit diesen Verfahren steht Göttingen nicht alleine – bundesweit werden die verschiedensten politischen Ansätze verstärkt mit den §129a und §129 kriminalisiert. In diesem Zusammenhang tat sich der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof Dr. Beyer besonders hervor, als er am 13.6.95 bundesweit über 80 Privatwohnungen, Arbeitsplätze und -räume verschiedener linker Einzelpersonen, Gruppen und Projekte durchsuchen ließ. Als Anlaß dienten Ermittlungsverfahren gemäß §§129/a wegen „Mitgliedschaft" oder „Unterstützung" von den Antiimperialistischen Zellen (aiz), K.O.M.I.T.E.E., RAF oder der Zeitschrift radikal. Vier Personen saßen bis Dezember '95 in Untersuchungshaft, ein weiterer Mensch saß bis November in Beugehaft, weil er sich weigerte, ZeugInnenenaussagen zu machen.



Mit dem fadenscheinigen Konstrukt der Paragraphen 129 und 129a soll im Fall der radikal versucht werden, eine ganze Redaktion einer „Kriminellen Vereinigung" gleichzusetzen. Mit den Durchsuchungen vom 13. Juni sind die Ermittlungen noch lange nicht abgeschlossen. Weitere Razzien am 29.9.95 in den Redaktionsräumen der „Jungen Welt" und der „taz" und im Dezember in Oldenburg, Bremen und Münster gingen ebenfalls auf das Konto Beyers. Im Dezember steckte er vier Menschen aus dem Wohnprojekt Fritzlarer Straße in Frankfurt für fünf Monate in Beugehaft, weil sie keine Aussagen über eine Mitbewohnerin machen wollten, gegen die wegen angeblicher Kontakte zur RAF ermittelt wird.
Staatsschutz und Justiz verfolgen Menschen auch in weiteren Bereichen: die §§129/a-Verfahren und Ermittlungen gegen Antifa-Zusammenhänge in Weimar, der §129a-Staatsschutzprozeß gegen Ursel Quack aus Saarbrücken, die beschuldigt wird, Kontakt mit der „Kommandoebene der RAF" gehabt zu haben.

Am weitesten geht die staatliche Repression im Zusammenhang mit dem kurdischen Befreiungskampf gegen hier lebende KurdInnen. Jeglicher öffentlicher Protest von KurdInnen wird brutal zerschlagen. Es gibt tausende von Ermittlungsverfahren, darunter 24 nach §129a, sowie mehrere hundert Gefangene in deutschen Gefängnissen. Die verhängten Urteile schließen sog. „ausländerrechtliche Konsequenzen", wie die Abschiebung in den Folterstaat Türkei, ein. Dies alles, während die BRD den schmutzigen Krieg der türkischen Regierung gegen die KurdInnen in der Türkei und im Nordirak unterstützt.

Repression soll neben der konkreten strafrechtlichen Bedrohung z.B. durch Knast aber auch immer ein Mittel zur Einschüchterung und Kräftebindung sein. Dabei ist das vorrangige Interesse der ermittelnden Behörden, die breiten Möglichkeiten der Paragraphen 129 und 129a zu nutzen, z.B. Observation, Telefonüberwachung ..., ohne daß die Ergebnisse zur Eröffnung eines Gerichtsverfahren führen müssen. Die Paragraphen bieten ihnen vielmehr die Möglichkeit, durch langjährige Ermittlungen einen Einblick in die Strukturen linker Zusammenhänge erhalten zu können.

Mit den Ermittlungen gegen das Juzl soll erreicht werden, daß die dort geleistete Arbeit gelähmt und Menschen eingeschüchtert werden. Bei Verfahren gegen „Unbekannt", wie dem laufenden wegen des „Drohfaxes", kann nahezu jedeR als ZeugIn, ohne das Recht auf Aussageverweigerung, vorgeladen oder selbst als Beschuldigte und Beschuldigter zum Ziel von Ermittlungen werden.
Wichtig ist, daß die Menschen, die der Repression ausgesetzt sind, nicht allein gelassen werden und die Einschüchterung nicht greift. Ein Mittel gegen die Kriminalisierung von Themen, Inhalten und Projekten ist, mit eben diesen an die Öffentlichkeit zu gehen, um sie so zum Diskussionspunkt zu machen. Dieses ist eines der zentralen Anliegen der vielfältigen Veranstaltungen der diesjährigen Antirepressionstage im Juzl.
Wir hoffen, daß viele von Euch kommen werden, und wünschen Euch viel Spaß!

(Teile wurden aus dem Flugblatt „Staatsschutz schnüffelt im Juzl" entnommen)

Termine

Im Anschluß findet Ihr die bis jetzt feststehenden Termine der diesjährigen Antirepressionstage im Juzl, Bürgerstraße 41. Da es noch weitere Termine geben wird, achtet auf Ankündigungen in der GöDru oder auf Plakaten.

Ausstellung

Zusätzlich zu den Veranstaltungen wird es regelmäßig eine Ausstellung zum Thema „14 Jahre Juzl – Schlagpunkte und Brennlichter" zu sehen sein.

Samstag, 18. Mai

Party: Illusions

Beginn 23.00 Uhr

Soliparty mit DJ Markus (Spirit Zone HH) für die 17 Angeklagten im Verfahren gegen die Autonome Antifa (M)

Sonntag, 19. Mai

Volxküchen-fest

19.00 Uhr bei Sonne draußen, ansonsten im Ballsaal

Ohne Mampf kein Kampf! Und das schon seit zwei Jahren jeden Sonntag. Grund zum Feiern mit Euren Lieblingskochbrigaden, die alle mit Sekt und Selters und ausgewählten Leckereien um Eure Gunst streiten werden.

Montag, 20. Mai

Konzert: Tod und Mordschlag (Berlin)

Beginn 21.00 Uhr

Mit „Tod und Mordschlag" spielt eine Combo im Ballsaal, bei der u.a. Yok (Ex-Quetschenpaua) mitwirkt. Pongomusik mit deutschen Texten über das Leben, den linken Alltag, Politik und wie mensch trotzdem Spaß haben kann, mit Quetsche, Baß, Gitarre und Schlagzeug plugged und glaubwürdig!

Dienstag, 21. Mai

Film und Diskussion: „Die klammheimliche Freude des Mescalero"

Beginn 19.00 Uhr

1977 erschien in der StudentInnenzeitung „göttinger nachrichten" ein „Nachruf" zum Anschlag der RAF auf Generalbundesanwalt Buback. Die nachfolgende bundesweite Repressionswelle soll als Beispiel politischer Justiz diskutiert werden.

Fortsetzung...

Mittwoch, 22. Mai

Lesung: „when words collide" Texte gegen das Böse in der Welt

20.00 Uhr Café

J. Lehmann und K. Schwarz rezitieren eigene und geklaute Lyrik und Texte über GottlosUndDieWelt, aber auch zur Widerstandsgeschichte gegen Knast und Repression. Wenn alles klappt, treten sie im Cafe mit akkustischer Livemusik (Oboe und Cello) auf. Hammer und Harfe, wacht auf – wer nichts erwartet, wird nicht enttäuscht.

Donnerstag, 23. Mai

Anti-Repressionsspiel

17.00 Uhr Frauen/Lesbencafé im Juzl, 1.Stock

Ein Spiel aus dem wirklichen Leben mit allen Hürden, Fallgruben und Stolpersteinen, die das Leben vor der Revolution zu bieten hat.
(Nur für Frauen/Lesben)

Wunschkonzert

22.00 Uhr Ballsaal im Juzl

Konzert mit Bands aus den Ü-Raumen des Juzls. Achtet auf extra Ankündigungen!

Freitag, 24. Mai

Veranstaltung mit Oliver Tolmein: „Von der RAF-Hysterie zur virtuellen Bedrohung?"

Beginn 19.30 Uhr

Linke und Repression in den 70er und 90er Jahren.

Haus-Party

Beginn 23.00 Uhr

Besonderer Hinweis!

26. Mai: Demo gegen den Abschiedeknast in Büren

Beginn 12.00 Uhr

Am dritten Jahrestag der Verabschiedung des „Asyl-Kompromisses" findet in Büren eine Demo statt. Keine Abschiebungen – Weg mit den Abschiedeknästen! Weg mit den rassistischen Sondergesetzen! Grenzen auf!

Mittwoch, 29. Mai

„Panzer und Paragraphen – Deutsche Repression gegen KurdInnen"

Beginn 20.00 Uhr

Während die Türkei trotz des nun schon mehrmonatigen einseitigen Waffenstillstandes der PKK immer neue militärische Offensiven in Kurdistan führt, signalisiert die BRD in verschiedenen Prozessen ihre Unterstützung an die Türkei.
Wir werden in der Veranstaltung über die aktuelle Situation in Kurdistan berichten; und über die Entwicklung der laufenden Prozesse
- gegen drei angebliche Führungskader der PKK in Hamburg
- gegen den SEK-Beamten, der Halim Dener im Sommer 1994 beim Plakatieren erschossen hat
- und das Verfahren zur Auslieferung von Kani Yilmaz an die BRD informieren. AG Kurdistan

Samstag, 1. Juni

Prima-Frühstück für FrauenLesben mit open end und anschließendem Film

ab 11.00 Uhr

veranstaltet von FrauenLesben aus dem FrauenLesben Raum.
Der FrauenLesben Raum im Juzl ist offen für Gruppentreffen, Spontantreffen und regelmäßige Termine von FrauenLesben.

Mittwoch, 5. Juni

Videokino Filmriß zeigt „Heterosexistische Repression"

Filmanfang um 21.00 Uhr

Heterosexualität ist die angebliche Norm, die schwule/lesbische/bisexuelle Existenz eine Strategie gegen die HERRschende Norm. Neben strafrechtlicher Repression ist dies mit gesellschaftlicher Ächtung oder Verschweigen sanktioniert. Deshalb zeigen wir im Rahmen der Antirepressiontage den lesbischen Kurzfilm „Rituale des Werbens" aus der BRD von '95 und „Coming Out", ein schwarzweiß Streifen aus der DDR von '89, der u.a. sehr gut die Spießigkeit und Homophobie der DDR zeigt. Fight homophobia! Think queer!

streichen bei den reichen statt sparen bei den armen

IN DER NACHT ZUM 1.MAI ENTGLASTEN WIR DIE HINTERSEITE DES NEUEN ARBEITSAMTES IN FRANKFURT.

DIE AKTION ERKLÄRT SICH WOHL VON SELBST UND HAT AUCH VERDAMMT SPASS GEMACHT.



lebensfroh und arbeitsscheu

Den Stein ins Rollen bringen

Zum aktuellen Stand des § 129a-Verfahrens gegen unsere Genossin Ursel Quack, wie wir uns die Gegenmobilisierung weiter vorstellen und ein paar Aspekte zu präventiver Konterrevolution.

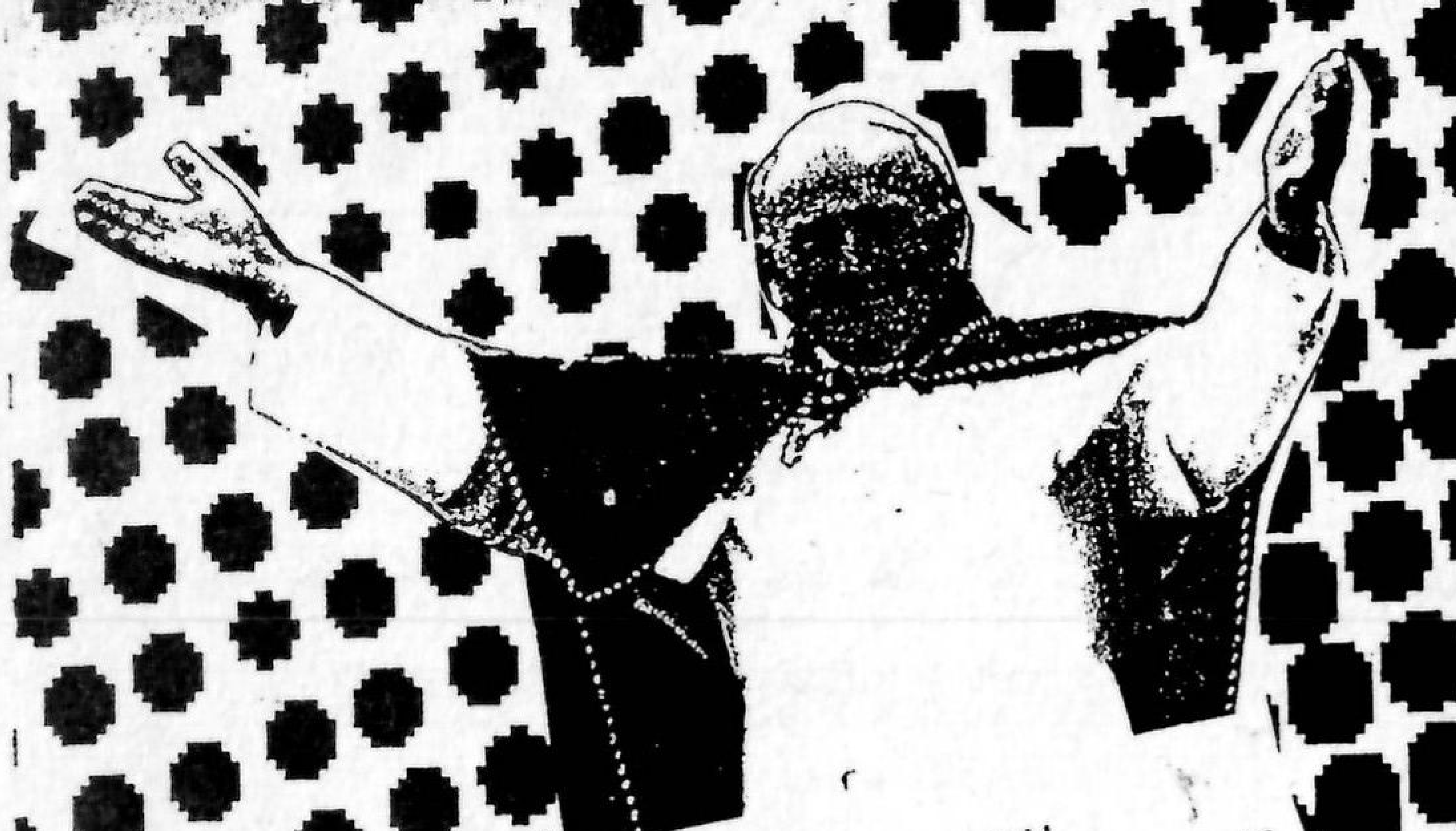
Prozeßtermine:

Donnerstag, 30. Mai 1996
Montag, 3. Juni 1996
Donnerstag, 13. Juni 1996
Beginn 9.30 Uhr
Oberlandesgericht Koblenz
Stresemannstraße / Regierungsstraße, Gebäude II

Demonstration in Koblenz am 1. Prozeßtag:

Treffpunkt: 16.30 Uhr, Josef-Görres-Platz

basis
Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken
Tel. 06 81 / 39 99 90, Fax. 06 81 / 3 41 45



DER PAPST MACHT MOBIL!!
Jauchzet und frohlocket am 23.6.96
bei einem Sündenpfuhlspektakel!!
Kommt euch zu laben und (mehr als)
Barmherzigkeit zu spenden beim Demo-
vorbereitungstreffen am 13.5.96,um
19 Uhr,im Mehringhof,Gneisenaustr,2a,
blauer Salon!
(Ab) Himmelfahrt:Infoline
Tel.: 611 60 89
Fax: 618 93 66



Montag, 20. Mai 1996

PGP - Verschlüsselung für die Massen.
Eine theoretische (und evt. praktische) Einführung in das Verschlüsselungsprogramm PGP
oder *"Wir basteln uns einen elektronischen Briefumschlag"*.

ab 19.30 Uhr im Infoladen Omega, Sparrstr. 21 (Wedding), U-Bhf. Wedding o. Leopoldplatz.

Falls es noch Studis gibt, die die Interim lesen...

am 21.5. & 22.5.1996 werden an der FU- Berlin die Wahlen zum StuPa (StudentInnen Parlament) wiederholt. Die Mehrheit des StuPa wählt den gesamten AStA - soll heißen, wenn die Rechten es diesmal schaffen, die Mehrheit im StuPa zu erhalten (und deren Chancen waren noch nie besser), gibt es folglich einen **AStA**, der von den **Rechten besetzt** ist. Das breite linke Bündnis, welches den letzten AStA gewählt hat, verfügte noch über eine „Mehrheit" von einer ganzen Stimme!

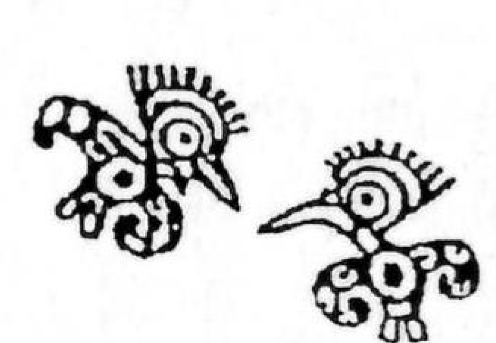
Also:
- wenn ihr keinen rechten AStA wollt, **GEHT WÄHLEN !!!**
- wartet nicht auf eine Wahlmitteilung, die gibt es schon seit Jahren nicht mehr !
- fallt nicht auf rechte Tarnlisten rein (wie z.B.: „...gegen Studiengebühren")

1. Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus

vom 30. Mai bis 2. Juni in Berlin



Kontakt und V.i.S.d.P.:
Mexiko-Gruppe im FDCL
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
Fon: 030/6946101
Fax: 030/6926590
Bürozeiten: Montag 19 – 22 Uhr
Mittwoch 16 – 22 Uhr



Informationsveranstaltung
Dienstag,
21. Mai
19.00 Uhr

Wir wollen Euch über den letzten Stand der Vorbereitungen informieren. Das Programm und die Arbeits- und Diskussionsgruppen werden vorgestellt. Und natürlich wollen wir Euch die Gelegenheit geben, Fragen zu stellen. Nicht zuletzt sollen technische Probleme (beispielsweise Schlafbörse!!!) angesprochen werden.

Im Zirkuszelt am Spreewaldplatz in der Wienerstraße 59 B (Kreuzberg)

---

im Cafe El Locco
Kreuzbergstr,43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

Veranstaltung von

Colpo
anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

"Zwischen libertärem Reformismus und anarchistischer Revolution"

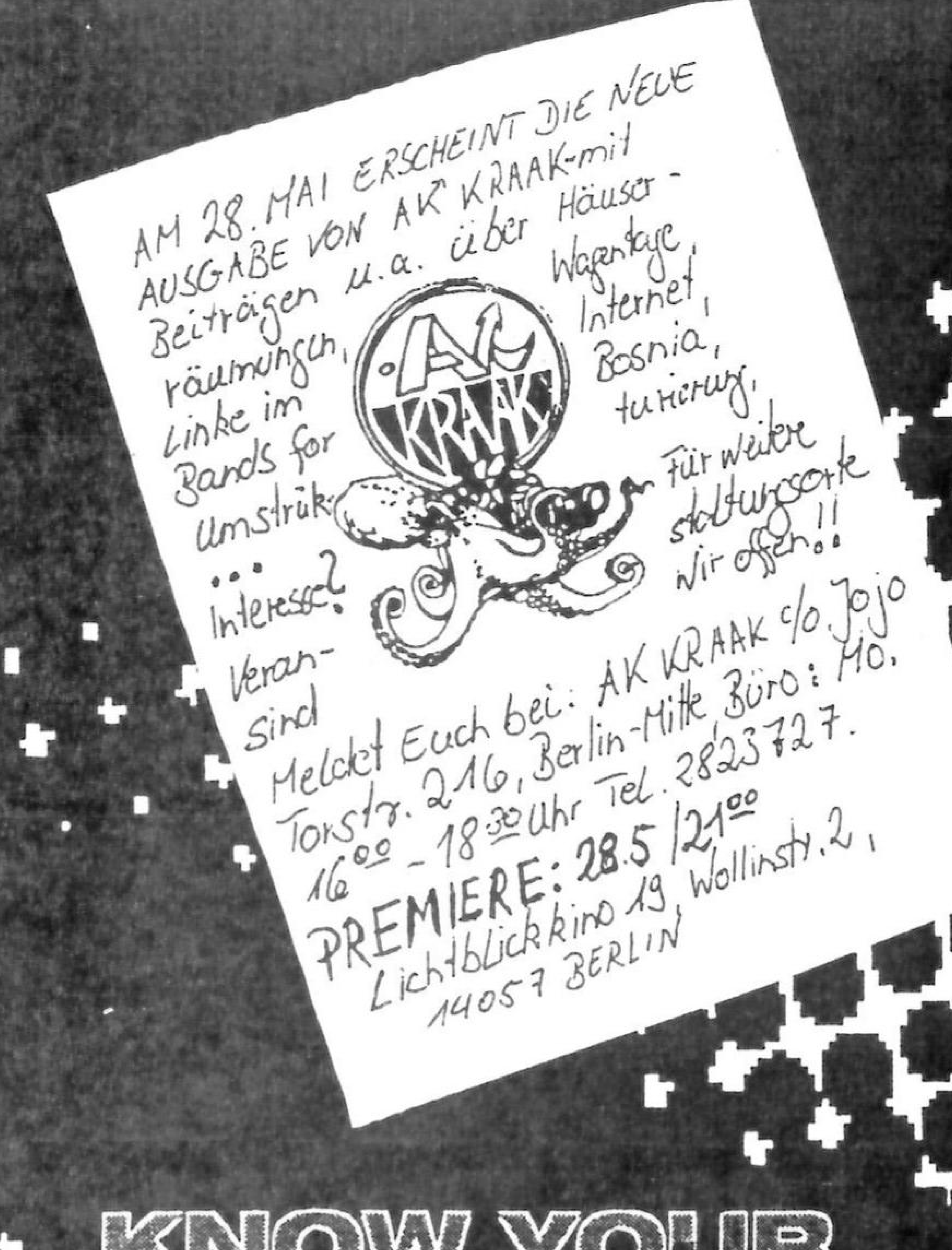
Zur aktuellen Situation der anarchistischen Strömungen, Auch die anarchistische Bewegung ist nicht von dem allgemeinen Trend der konservativen Werte verschont geblieben. Unterdem Motto "Zurück in fie Zukunft" wird allzuviel von ano fazumal ausgegraben und mit postmodernem Deckmantel neu verkauft.

Thesenreferat und Diskussion

Seit den 60er Jahren gibt es in Berlin immer wieder beide auseinandertriftende Richtungen. Die des libertären Reformismus, die ähnlich dem Sozialdemokratischen Modell über kleine systemkonforme Verbesserungen innerhalb des bestehenden Systems und mit allen Menschen wirken wollen und diejenigen die eine, wenn auch punktuelle schlagartige revolutionäre Veränderung konkret anstreben.

Seit 1989 ist die postmoderne Richtung innerhalb der anarchistischen Strömungen am meisten vertreten. Unter der Losung, kämpft um das kleinere Übel - wird immer mehr zur Fehlerausmerzung und Modernisierung des bestehenden Systems beigetragen. Beispiele hierfür sind die Bündnisse in Richtung konservative BürgerInnenInitativen und autoritären Linksgruppierungen. Eine Regionalisierung und Denzentralität auf Grund der wirtschaftlichen Macht, wie zum Beispiel im Öko-Bereich, wo immermehr ein Öko-deutscher dezentraler Vorgarten gegen die 3. Welt entsteht.

Dienstag, 21.05. um 19.00



KNOW YOUR ENEMY !



Soli-Konzert für Antifa-Gruppen aus Göttingen und Passau, die wegen erfolgreicher Politik mit Prozessen und Ermittlungsverfahren konfrontiert sind. Weg mit dem System.
SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE !

mit BUT ALIVE (HH) & YOUTH TRIBE (HB)

Do 30. Mai - 20 Uhr

Tommy Weissbecker Haus · Wilhelmstraße 9
U6 - Kochstraße · U6/U1 - Hallesches Tor



PARTY IN DER YORCK 59

1. JUNI AB 21 UHR



Strassenfest Libertärer Jahrmarkt 96

zum 5. Mal seit 1991 findet der "Libertäre Jahrmarkt" statt. Organisiert wird dieses Strassenfest von Menschen aus dem anarchistischen Spektrum. Das Strassenfest hat inzwischen eine Tradition und lockte immer über 2.000 Menschen an.

Der Jahrmarkt findet statt:
6. Juli 1996
15.00 bis 24.00 Uhr
wo?
Senefelder Platz, Berlin-Prenzlauerberg

Der Libertäre Jahrmarkt spricht alle Menschen an -mitzumachen- die aus einem antiautoritären und undogmatischen Spektrum kommen und Lust haben.

Einladung zum Mitmachen

Wenn Ihr Interesse und Lust habt auf dem Jahrmarkt mitzumachen, würden wir uns freuen.

Wir suchen noch Menschen und Gruppen die den Jahrmarkt durch eigene Aktivitäten erweitern.

Jongleurinnen, Strassenmusikerinnen, Straßentheater, usw.

Infostände aus dem politischen Spektrum, Projekte und Initiativen usw.

Auch können Ausstellungen im Freien, politische Performance, Agit-Prop usw. präsentiert werden.

Wenn Ihr Euch was überlegt habt und noch Fragen habt wo das geht, so meldet Euch.

INFORMATIONSSTÄNDE

politische Projekte, Stadtteilinitativen, Utopien, Gefangenenhilfe, Kollektive, Medien, usw. und so fort.

VORFÜHRUNGEN

Musikgruppen, Zirkusdarbietungen, Strassentheater, Agit-Prop, Spiele für Kinder und Erwachsene, Gesangsdarbietungen usw. und sofort.

ESSEN und TRINKEN

schmackhaftes Essen, vegetarisch-biologisch, Produkte aus dem fairen Handel mit dem Trikont, creative Getränke, und was halt Ihr gerne esst......
(Bier, Wein und Sekt darf nicht an den Ständen verkauft werden, da wir hierüber die Unkosten des Strassenfestes finanzieren müssen). Bitte auch kein harter DOP-also kein hochprozentiger Alkohol

Also wer mitmachen will ist herzlich willkommen. Am liebsten natürlich mit eigenen Ideen, Stände usw...
Wir suchen aber noch Menschen die uns beim Auf- und Abbau helfen, beim Getränkestand eine Schicht übernehmen oder bei anderen Ständen, wie Waffelverkauf usw.
Also wer den

Libertärer Jahrmarkt 96

unterstützen will, melde sich bei uns.

Libertärer Jahrmarkt 96, c/o Colbo, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin, Tel. und Fax 030/7859181

Demonstration

gegen die NATO-Tagung in Berlin

Mo., 3. Juni 96 · 17 Uhr · Adenauerplatz (U7)



17.5. Freitag
19.00 h

Film und Veranstaltung zum Vatikan